

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



16. Jahrgang

Donnerstag, 25. Juni 1936

Nr. 148

382:198 Stimmen für Blum

Paris. Nach der ausführlichen Debatte über die Außenpolitik, die sich bis 2 Uhr früh hinzog, wurde der Regierung mit 382 gegen 198 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Noch 200.000 Streikende

Paris. Die Zahl der Streikenden in Frankreich, welche in der Vorwoche die Rekordhöhe von mehr als 1.1 Millionen Personen erreicht hatte, beträgt jetzt nach der Statistik des Innenministeriums 191.000 Personen, davon etwa 10.000 Personen im Gebiete von Paris.
In Paris streiken noch immer 7000 Angestellte des Warenhauses „La Samaritaine“ und neu sind die 1200 Arbeiter der Automobilfabrik Ebnard-Walder in den Streik getreten, weil die Direktion nach der Lohnerhöhung und der Arbeitszeitverlängerung eine Anzahl Arbeiter entlassen hat.
In Marseille streiken seit Dienstag abends 4000 Mann der Besatzungen der Handelsfahrzeuge. Sie besetzen 60 Schiffe im Marseiller Hafen und zogen auf ihnen rote Fahnen auf. Fast alle Offiziere haben die Schiffe verlassen. Der Sekretär der Streikenden ist nach Paris abgereist, wo er dem Ministerpräsidenten die Forderungen der Streikenden zu erläutern beabsichtigt.

Deutsch-italienische Luftverhandlungen

Berlin. (DPA) Auf dem Flugplatz Staaken traf der Chef des Generalstabes der italienischen Luftwaffe Ballo, begleitet vom Chef der italienischen Zivilluftfahrt Pellegrini, zu einem fünfjährigen Aufenthalt ein, um die Einrichtungen der deutschen Luftwaffe und der deutschen Luftfahrt zu besichtigen.

Die Schweiz wünscht keinen Daueraufenthalt des Negus

Bern. (DPA) Der Bundesrat hat dem Negus nahegelegt, von einer Niederlassung in der Schweiz für solange abzusehen, als der italienisch-afghanische Konflikt nicht endgültig beendet ist. Der Bundesrat wird dagegen der Anwesenheit des Negus in Genf keine Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn dieser seinen Fall während der nächsten Sitzung des Völkerbundesrates und der Völkerbundversammlung vertreten möchte.

Für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie

Gemeinsamer Antrag der sozialistischen Parteien

Prag. In Vertretung der sozialistischen Koalitionsparteien haben die Genossen Heeger und Zrba für die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten und Abg. David für die tschechischen Nationalsozialisten im Parlament einen gemeinsamen Antrag eingebracht, in dem die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie verlangt wird. In dem Antrag heißt es:
Die Erzeugung von Waffen, Geschossen und Sprengmitteln, von Militärflugzeugen, Panzerautos, von Mitteln des Gaswesens und der Flugabwehr und überhaupt solcher militärischer Bedarfsgegenstände, die nicht zugleich auch für zivile Zwecke zu verwenden, sondern für die bewaffnete Macht des Staates bestimmt sind, ist dem Staat vorbehalten. Der Staat kann sich jedoch auch die Erzeugung oder den Verkauf jedweder anderen Bedarfsgegenstände für die bewaffnete Macht oder zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen einen kriegerischen Angriff vorbehalten.
Der Staat führt diese Erzeugung in eigenen Unternehmungen und in eigener Regie durch. Für eine Uebergangszeit, längstens jedoch auf zwei

Jahre von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, kann diese Erzeugung im Falle der Notwendigkeit auch in gemischten Betrieben unter überwiegender und entscheidender Kapitalbeteiligung des Staates erfolgen. Die Verzinsung des nichtstaatlichen Kapitals darf im Frieden sechs Prozent nicht übersteigen und entfällt überhaupt während der Wehrrückbildung des Staates.
Zur Durchführung dieses Gesetzes wird die Staatsverwaltung ermächtigt, Privatbetriebe zu enteignen, die unter dieses Gesetz fallen, und zwar im beschleunigten Verfahren nach den zuständigen Bestimmungen des Staatsvertheidigungsgesetzes für den Fall der Wehrrückbildung des Staates, und sie noch vor Beendigung des Enteignungsverfahrens in eigene Verwaltung zu übernehmen. Die Staatsverwaltung ist gleichfalls berechtigt, alle Dienst- und Arbeitsverträge in den eigenen oder neu übernommenen Rüstungsbetrieben aufzuheben und neu zu regeln und ohne Ersatz mit augenblicklicher Wirksamkeit alle Lieferungsverträge aufzulösen, die zur Ausrüstung der bewaffneten Macht des Staates abgeschlossen wurden.

Ossietzky schwer krank

Ein Telefongespräch mit der Geheimen Staatspolizei in Berlin

Paris. (DPA) Nach dem Bekanntwerden der Nachricht, daß der seit drei Jahren in Haft befindliche Carl von Ossietzky aus dem Koozlager Esterwegen nach Berlin überführt worden ist, setzte sich das Organisationsbüro für die Europäische Amnestie-Konferenz zugunsten der politischen Gefangenen im Dritten Reich telefonisch mit dem Justizministerium in Berlin in Verbindung. Das Justizministerium erklärte, über diese Angelegenheit keinerlei Auskunft geben zu können und verwies den Amnestie-Ausschuß an die Gestapo Berlin. Der Amnestie-Ausschuß meldete daraufhin ein Telefonat mit dieser Stelle an und es entwickelte sich folgendes Gespräch:
Frage: Hier ist die Pressestelle der Europäischen Amnestie-Konferenz, im Namen unserer Sekretärin Ellene Braut, Sekretärin der AI-

nance Internationale des Partis Radicaux et Democratiques möchten wir wissen, ob die Mitteilung, daß der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky schwer erkrankt nach Berlin überführt wurde, den Tatsachen entspricht?
Antwort: Ja, das ist wahr. Ossietzky ist sehr krank. Ich kann Ihnen aber im Moment nichts Näheres darüber mitteilen. Sie werden in den nächsten Tagen über diese Angelegenheit eine amtliche Meldung in der deutschen Presse finden.
Frage: Können Sie uns mitteilen, wegen welcher Krankheit er nach Berlin überführt wurde?
Antwort: Es handelt sich um die alte Herzkrankheit Ossietzky's.
Frage: Ist die Krankheit gefährlich?
Antwort: Das entzieht sich meiner Kenntnis.
Aus der Art der Antwort der Reichsstelle der Gestapo empfing der Pariser Amnestie-Ausschuß den Eindruck, daß in der Tat auch die Gestapo den Zustand Ossietzky's als lebensgefährlich ansieht.

Grundlegende mäßige Besserung in der Industriewirtschaft

Bericht der Nationalbank

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 24. I. M. seine ordentliche Monatsitzung unter dem Vorsitz des Gouverneurs Mr. Karel Engliš ab. Dem vorgebrachten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:
Die Frühjahrsbesserung der Wirtschaftstätigkeit in der Tschechoslowakei ist heuer, namentlich auf dem Gebiete der Baubewegung, dynamischer als in den Vorjahren.
Die Flüssigkeit des Geldmarktes, welche in den vorhergehenden Monaten den Konversionserfolg der Staatskassenscheine und die Unifizierung der Staatstitelschuld erleichterte, trägt wesentlich zum sehr erfolgreichen Verlauf der Zeichnung der Staatsvertheidigungsanleihe bei, für welche sich in den weitesten Kreisen ein beträchtliches Interesse zeigt. Auch die leistungsfähigen Ergebnisse der aus den öffentlichen Abgaben resultierenden Finanzumlage reflektieren eine mäßige Verbesserung der Situation, da sich dieselben ebenfalls in dem mit der Entfaltung der Wirtschaftstätigkeit eng zusammenhängenden Komponenten äußern.
Die ungünstigen Witterungsverhältnisse Ende Mai und anfangs Juni verschlechterten den Stand einiger Kulturen, welcher bis zu dieser Zeit verhältnismäßig sehr günstig war. Ordentliche scheint der Roggen drohen zu sein. Die Futterernte ist sehr günstig, die Getreidenernte

jedoch aufgehoben und das Trocknen des Heues gestaltete sich anfangs sehr schwierig. Das milde Wetter und die Niederschläge schädigten am wenigsten den Kartoffeln, der Zuckerrübe und dem Gemüse.
In der Beschäftigung der Industrieerzeugung wurde nun die grundlegende, mäßige Besserung durch eine stärkere Beteiligung der Bautätigkeit unterstützt.
Der plötzliche Wetterumschlag im Juni ermöglicht es, die in einer Reihe von Branchen während der vorhergehenden kühlen Wochen im Inlandsabsatz eingetretene Verpätung einzuholen. Der Industrierohstoffverbrauch an Kohle und elektrischen Strom verzeichnet gegenüber dem Jahre 1935 ein ständiges Ansteigen.
Die Schwierigkeiten im Export, welche hauptsächlich aus der deutschen Dumpingkonkurrenz und aus der Unsicherheit des Deviseninflusses hervorgehen, halten an. Trotzdem zeugt der Maximum des Außenhandels von einer neuen Vergrößerung seines Volumens, vornehmlich im Export nach den freien Gebieten mit unbeschränktem Transfer. Ein günstiges Zeichen bildet auch der Umstand, daß die Exportleistung nicht einseitig ist, sondern sich im Gegenteil auf eine Reihe von Waren mit einem beträchtlichen Prozent heimischer Arbeit aufteilt. Auch die Zusammensetzung der erhöhten Einfuhr, namentlich von Rohstoffen, zeugt von einem größeren Umfang der Nationalproduktion.

Der Pilock für die Ziege

Die Tagung der tschechischen und deutschen Industriellen, welche Dienstag in Prag stattgefunden hat, stand im Zeichen der „langsamten Aufwärtsbewegung in der Wirtschaft“, wie dies der Handelsminister Rajman in seiner Ansprache festgelegt hat. Allerdings hat die mäßige Besserung der Industriewirtschaft, von der auch der eben erschienene Bericht der Nationalbank spricht, keine besondere Wirkung auf die herkömmliche Auffassung der Unternehmer ausgeübt. In der schwierigsten Krisenzeit haben die Industriellen von den segensreichen Wirkungen der Initiative des Privatunternehmertums gesprochen und auch diesmal haben wir dasselbe Lied aus dem Munde des Handelsministers gehört. Wertwürdig ist nur, daß die Herren auf der einen Seite mögliche Freiheit des Unternehmers verlangen, andererseits aber gerne Kosten und Großunternehmungen vom Staat sanieren lassen. Wenn die „Privatinitiative“ Tausende von Menschen ins Unglück teilt, soll der Staat helfen, sonst aber soll er die Fabrikanten und Bankdirektoren nach Herzenslust arbeiten, Löhne drücken und Kartellpreise festsetzen lassen. Die Unternehmer sollen möglichst niedrige Steuern zahlen, die Arbeitszeit soll nicht verkürzt werden, keine Zwangsarbeitsvermittlung eingeführt und die Zwangsindustrialisierung soll nicht verallgemeinert werden — so wünscht es Herr Dr. Freich und der deutsche Industriellenkapitän Mühlig — sonst einer der aufgeschlosseneren Unternehmer — ist von der Sorge beengt, es könnte in der Planmäßigkeit zu weit gegangen werden.

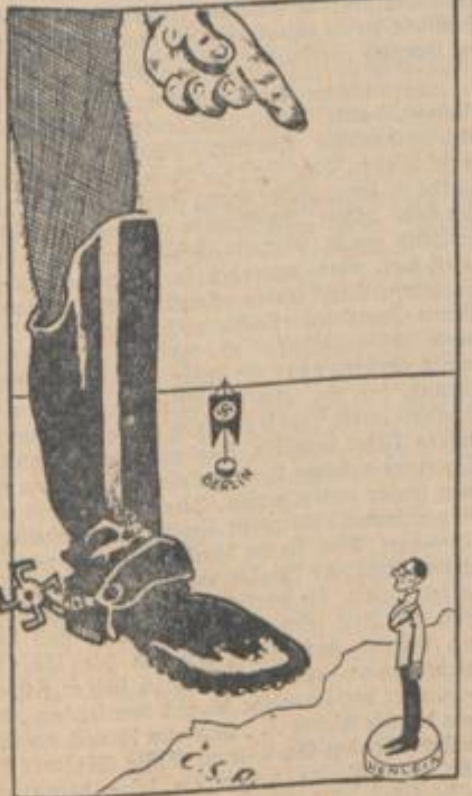
Man erkennt schon daraus, daß unsere Industriellen sehr negativ eingestellt sind. Sie beklagen sich zu viel damit, was nicht geschehen soll, statt ein positives Programm der Krisenbekämpfung aufzustellen. Was darüber gesagt wurde, war viel zu wenig — wenn wir auch anerkennen wollen, daß der Handelsminister ein gerade für das jüdisch-deutsche Gebiet lebenswichtiges Problem wenigstens angedeutet hat, daß wir nämlich neue Produktionszweige mit qualitativ höherwertigen Waren schaffen müssen. Auch Herr Mühlig hat von neuen Erzeugungszweigen gesprochen, die notwendig sind und wir möchten hinzufügen, daß solche Betriebe insbesondere in den Gebieten der alten Industrien entstehen müßten, dort wo der Rohstoff am größten ist. Das wäre ein Gebiet, wo sich die gezielte Privatinitiative entfalten könnte und wo die deutschen Unternehmer zeigen müßten, daß sie noch nicht latenten Epigonen, sondern tatkräftige Männer unserer Zeit sind. Bisher haben wir davon wenig gesehen.

Bemerkenswert sind auch Mühligs Worte über „die innere Bereitschaft zur Versöhnung“ mit der Arbeiterchaft, womit wohl die Bereitschaft der Unternehmer gemeint sein soll, alle großen Lebensfragen der jüdisch-deutschen Industrie, die auch Existenzfragen der schwer geprüften jüdisch-deutschen Arbeiterchaft sind, einvernehmlich zu regeln. Die Arbeiterchaft ist Verhandlungen niemals auswichen und unserer Gewerkschaften kann man wohl nachsagen, daß sie durchaus realpolitisch eingestellt sind. Gerade aus dieser Auffassung heraus werden sie die Frage der Erhöhung der unerträglich niedrigen Lebenshaltung unserer jüdisch-deutschen Arbeiter zur Erörterung stellen, weil ein höheres Lebensniveau notwendig ist, soll unsere Wirtschaft gefunden werden. Wenn die Industriellen Erleichterungen beim Export verlangen, wie dies in der Prager Tagung geschehen ist, sind wir bereit, mitzutreten und mitzuhelfen.

In einer Rede, die auf der Tagung von Balta gehalten hat, gebrauchte er folgendes Bild:

Ein Flugmotor von 100 Pferdekraften ist imstande, die Wolken zu durchschneiden. Es genügt aber das Flugzeug an einen Pfahl zu binden, der nicht einmal eine Ziege festhalten kann, und ein noch so starker Motor ist nicht imstande, das Flugzeug von der Stelle zu bewegen. So ist es auch bei der Tätigkeit des Unternehmers.
Wir wissen nicht, ob ein so starker Motor den Pflock nicht doch vom Fleck bringen wird, aber wir sind bereit mitzutun, damit der Strick zerschnitten wird und das Flugzeug sich erheben kann, d. h. ein Aufschwung der Wirtschaft herbeigeführt werden wird. Mögen dabei nur die Unternehmer

Der Blick über die Grenze:



„Zu Befehl!“

nicht heimlich sein und nichts anderes sehen als die Lohnfrage. Die Industrie muß sich den heutigen Wirtschaftsbedingungen anpassen; in der Welt und im Inlande. Sie muß sich auf die Bedürfnisse des Inlandsmarktes umstellen und sie muß als Pionier der tschechoslowakischen Wirtschaft in die Welt hinaus, lebenden Augen und fühlenden Schritten. Die Unternehmer haben viel verfaulert. Die mäßige Besserung der Wirtschaft

ist eine Mahnung für sie vom Rannzen über die „Begehrtheit“ der Arbeiter zur Tat einer Neubelebung der Industrie zu schreiten. Sie werden dann erkennen, daß es Planmäßigkeit und kollektive Exportmethoden bedarf und daß der Staat ein wertvoller Ratgeber und mächtiger Bundesgenosse ist bei der Gewinnung neuer Absatzgebiete für unsere Industrie und damit mehr Brot für die Arbeiter.

glaubt, daß er gute Steuerzahler überhaupt nicht gebe. Das Ergebnis der viermonatigen Arbeit an der Steuerreform entspricht nicht der aufgewandeten Zeit und Energie. Sofern sich die Ansichten der Finanzverwaltung nicht von Grund aus ändern, dann sei nur ein halbes Werk geleistet worden, das nur auf dem Papier stehen werde.

Sollten die Absichten des Parlaments durch eine unrichtige Auslegung in der Praxis paralysiert werden, dann würde dies das Vertrauen der Bevölkerung in Parlament und Demokratie derart erschüttern, daß daraus ein außerordentlich ernstes Staatsproblem entstünde. Redner fürchtet, daß die Finanzverwaltung sich nicht überzeugen ließ. Der Fehler liegt darin, daß sie das Problem objektiv nicht richtig wertet und daß sie ebendies von der tiefen Ueberzeugung durchdrungen ist, daß nur ihr Vorgehen dem Staatsinteresse entspricht und einzig sie dieses Interesse richtig bereite, während die andern im Dunkeln tappen und fehlgehen. Wäre diese Auffassung richtig, dann würden wir zugeben,

daß hier ein Staat im Staate existiert, nota bene eine Institution, die oft alles nach den Ratschlägen nur einer kleinen, politisch unverantwortlichen Finanzgruppe unterliegt, einer Art unverantwortlicher, undemokratischer Nebenregierung.

Ein allzu strenger Fiskalismus kann auch im Gegensatz zu den wirklichen Staatsinteressen stehen, denn er kann bei der Bevölkerung leicht den Eindruck hervorrufen, daß das ganze parlamentarische und demokratische System schief sei, ja er kann sich gegen den Staat selbst kehren.

Redner (Komm.) sagt der Vorlage ganz allgemein den „schärfsten Kampf“ an. Otrka (Gew.-Partei) erklärt, der Umbau der Vorlage durch das Subkomitee habe Errata zu korrigieren, weil wir durch 17 Jahre daran getrieben waren, daß das Parlament nur in der Richtung Initiative entfalte, wie es diese oder jene Regierungsvorlage gerade verlangte. Im dieses Prinzip der Initiative wurde ein Kampf geführt, der in der ganzen Öffentlichkeit zu hören war.

Auch Veselý (Tsch. Volksp.) befaßt sich mit diesem Problem und erinnert daran, wie bisher die Initiative des Parlaments geübt wurde und wie in den letzten Jahren in den Ausschüssen Anträge, und waren sie noch so gut, an dem Widerstand des Finanzministeriums scheiterten. Diesmal ist aber das Finanzministerium auf Widerstand gestoßen und die Volksworte haben getan, was sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen tun ließ. Später sagt sich der Redner sehr energisch für die beabsichtigte Regelung der Arbeitsvermittlung ein: Die Verhältnisse ändern hier direkt danach, daß Ordnung gemacht werde, und der einzige Kummer seien eben gerechte, unparteiische Arbeitsvermittlungstellen. Man könne sich den ungläublichen Kampf, der trotzdem gegen sie geführt werde, gar nicht erklären, zumal solche Stellen in einzelnen Arbeitsämtern schon seit Jahren funktionieren, ohne daß daraus ein Unheil entstanden wäre.

Weiters sprach Turček (Slow. Volksp.) und der tschechische Genosse Chalupa, der die persönliche Steuerpolitik des Bürgerrechts kritisierte und anzeigt, welcher Schaden daraus für den Staat und die Selbstverwaltung erwachse, als die Konjunktur, mit der die Steuerreform von 1927 rechnete, durch die Krise abgeklirrt wurde. Redner weist da namentlich auf die Stabilisierungsbilanzen und die Erwerbssteuer hin. Die neuen Bestimmungen über die Abgabefähigkeit der hohen Gehälter über 250.000 Kč haben eine prinzipielle Bedeutung, denn solche Besätze, die sogar in die Millionen gehen, seien in keiner Weise zu motivieren. Es sei bezeichnend, daß die betroffenen Kreise gegen diese Neuregelung auftraten, aber sie sei voll am Platz.

Nach der Rede des Kommunisten Scheinl wurde die Debatte dann auf Donnerstag halb 11 Uhr früh vertagt. In dieser Sitzung soll die Debatte abgeschlossen und bereits die Abstimmung vorgenommen werden.

Internationales Kokskartell

An die Stelle der bisherigen deutsch-englischen Koks-Konvention über den skandinavischen Koksmarkt, die vor zwei Jahren abgeschlossen wurde, soll nun ein internationales Kokskartell treten, an dem Deutschland, England, Holland, Belgien und Polen — nicht die Tschechoslowakei — beteiligt sein sollen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, soll der Kartellvertrag auf drei Jahre geschlossen werden und sein Inhalt soll die Verteilung der Exportgebiete für die genannten koksproduzierenden Länder sein. Bedeutsam ist noch nachstehender Umstand: da der Preis von Koks vom Preise der Kohle abhängig ist, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch die Tendenzen nach einem internationalen Steinkohlekartell eine Verstärkung erfahren. Auch da würde es sich um die Kartellierung nicht der Inlandproduktion, sondern des Exports handeln.

Schweden als Muster

Washington. Präsident Roosevelt hat erklärt, daß er in der nächsten Zeit nach Schweden eine dreigliedrige Sonderkommission entsenden werde, um das dortige Kooperationsystem zu studieren. Roosevelt hat nämlich seine Bewunderung über das schwedische System zum Ausdruck gebracht. Die Kommission wird insbesondere die Organisation der Kreditinstitute, der Banken und des Versicherungswesens in Schweden studieren.

Sabotierende Betriebsleiter verhaftet

Madrid. Acht Direktoren von Betrieben wurden verhaftet, da sie sich weigerten, die Werkstätten wieder zu eröffnen, wie es der Minister ausdrücklich angeordnet hat. Die Vertreter der Arbeitgeber in der gemischten Kommission zur Beilegung des Konfliktes in der Bauindustrie haben daraufhin die Kommission verlassen. Die Kommission wird ihre Arbeiten ohne deren Anwesenheit fortsetzen.

Ein Propagandafilm für die Verteidigungsanstrengungen

anleide ist in drei Sprachfassungen (tschechisch, slowakisch und deutsch) im Auftrage des Finanzministeriums hergestellt worden und wird bereits im Einleitungsprogramm vieler Kinos gezeigt. Der Film hat den Vorzug, kurz und einprägsam zu sein: er beginnt mit dem Leisag: „Bedroht ist nicht, wer vorbereitet ist“, er fährt fort mit den Worten: „Wir rüsten für den Frieden, wir schaffen Arbeit“ und zeigt dann in anschaulich knappen, gut photographierten Bildern charakteristische Landschaften der Tschechoslowakei, Soldaten und Waffen der verschiedenen Gattungen, wobei der Blick besonders auf die technische Ausrüstung der Armee mit Tanks und Panzerwagen, mit schweren Geschützen und Flugzeugen gelenkt wird. Bilder und Worte der Präsidenten Masaryk und Beneš bestätigen nachdrücklich den Friedens- und Arbeitswillen, aber gerade deshalb auch den Verteidigungswillen der Republik, dem die Anleide dienen soll, deren Zeichnung am Panzschalter und deren erhoffte Wirkung auf die Wiederbelebung der industriellen Tätigkeit in abschließenden Bildern gezeigt wird. Das Ganze ist ein Film mit Blaufärbung, der gelungener ist als die meisten bisher gezeigten beschreibenden Propagandafilme. — Ein sicherlich wirksames Werbemittel für die Wehr-Anleide unseres Staates.

Scharfe Kritik an der Finanzverwaltung

Dr. Melbner: Unverantwortliche Nebenregierung!
Genosse Kögler für grundlegende Reform des Steuerwesens

Prag. Der zweite Tag der Steuerdebatte im Parlament brachte für die Finanzverwaltung aus dem Munde einiger hervorragender Vertreter der Koalition schwere Vorwürfe wegen ihrer bisherigen Steuerpraxis. Vor allem der tschechische Genosse Dr. Melbner brachte eine geradezu vernichtende Kritik vor und schaute sich nicht, offen von einer unverantwortlichen Nebenregierung im Finanzressort zu sprechen, deren Weiterbestand schwere Folgen für den Staat selbst nach sich ziehen müßte.

Von unserer Fraktion zergliederte Genosse Kögler in gewohnt sachkundiger Weise die Auswirkungen der von uns seit jeher bekämpften Steuerreform des Bürgerrechts, in deren Konstruktion eine der Wurzeln zur Verschärfung der Krise liegt. Wir können uns deshalb nicht mit bloßen Reueklagen begnügen, sondern müssen, wie Kögler eingehend begründete, eine grundlegende Reform der Steuerbefreiung fordern, die vor allem das Großkapital in erhöhtem Maße zur Steuerleistung heranzieht. Immerhin erblicken wir in der Vorlage den erwünschten ersten Schritt, die Fehler der Bürgercoalition zu beseitigen, und geben nur der Erwartung Ausdruck, daß ihm bald andere, insbesondere zukünftige der Selbstverwaltungsförderung, folgen werden. (Wir werden die Rede des Genossen Kögler, die beifällig aufgenommen wurde und entsprechende Beachtung fand, nach morgen im Auszug nachtragen.)

Zu Beginn der Sitzung referierte Dr. Bedřich über den Initiativantrag der Koalition zur Abänderung der Einkommensteuer, der den Zweck verfolgt, diese Steuer bei 5 auf 10 Prozent zu erhöhen, zu pauschalisieren und dadurch zahlreichste Differenzen mit der Finanzverwaltung wegen Verheimlichung oder unrichtiger Gewisausgabe aus der Welt zu schaffen. Die Verschärfungen soll die Einkommensteuer nicht im Verhältnis, sondern erst nach der Beschäftigung durch den Tierarzt fällig sein, und zwar in dem Verhältnis, in dem das Fleisch für den Konsum freigegeben wird.

In fortgesetzter Debatte sprach sich Dr. Brankovský (Slow. Volkspartei) ablehnend zur Steuerreform aus und behauptet u. a., daß die Aenderung des Steuerjahres keine größere Bedeutung habe, als etwa die Einführung der Sommerzeit im Elektrizitätswesen.

Bedřich (Agr.) verlangt, daß man zur Erreichung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt außer dem rein fiskalischen Weg auch den Weg der wirtschaftlichen Wiederbelebung gehe. Heute wird das Nationaleinkommen auf 50 Milliarden jährlich gegenüber 70 Milliarden vor der Krise geschätzt. Gelingt es, dieses Einkommen nur um 10 Prozent zu heben, und können Staat und Selbstverwaltung daran mit einem Fünftel partizipieren, so ergibt das eine Milliarde, also einen Effekt, der durch fiskalische Eingriffe nie erreicht werden kann. An Hand statistischer Materialien über die Steuerbelastung führt Redner an, daß wir uns in dieser

Hinsicht den reichen Weststaaten nähern. Er verteidigt die Landwirtschaft gegen den Vorwurf, daß sie zu wenig Steuern zahle und behauptet, daß sie wenn sie 5 auf 10 statt der Grundsteuer der Erwerbstätigen unterlege, heute kaum 65 Millionen jährlich bezahlen müßte, statt der 400 Millionen, die sie an Grundsteuer tatsächlich zahlt. Abschließend verteidigt der Redner die Haltung des Steuerkomitees der Koalition, billigt aber andererseits auch den Funktionen des Finanzministeriums zu, daß sie nur ihre Pflicht erfüllt hätten, für die fiskalischen Interessen des Staates zu sorgen.

Genosse Dr. Melbner verweist darauf, daß die Initiative des Parlaments in Sachen der Steuerreform in gewissen Kreisen Ueberraschung ausgelöst habe und als etwas Außergewöhnliches angesehen worden sei, das sich nicht wiederholen dürfe. Redner ist aber überzeugt, daß sich das Parlament nicht das Recht und die Möglichkeit nehmen lassen wird, auch in anderen Fragen initiativ vorzugehen und sich nicht damit zu begnügen, was die einzelnen Ressorts ihm zuweisen.

Der Finanzverwaltung wirft Dr. Melbner vor, daß sie von der Voraussetzung ausgehe, daß es überhaupt keine ehelichen Steuerzahler gebe. Damit gebe sie zu, daß sie nicht imstande war, die Zahl der Steuerdefraudanten auf ein Minimum zu reduzieren; diesen Leuten gegenüber ist sie einfach ratlos und hilflos. Die gefundene Steuerreform hat verschiedene Ursachen; für einige ist die Finanzverwaltung direkt verantwortlich. Sie hat oft die gesetzlichen Mittel, die nur gegen die Defraudanten angewendet werden sollen, gegen die ehrlichen Steuerzahler angewendet und so unter ihnen eine Panik verurteilt. Der kleine Steuerträger muß die Ueberzeugung haben, daß seine schwer verdienten Steuererlösen nur zu gesamtstaatlich unreligiösen Zwecken, nicht aber zu einseitigen oder parteiischen Zwecken verwendet werden. (Beifall.) Können wir in dieser Richtung nicht Ordnung schaffen, so dürfen wir uns nicht über die Moral des kleinen Steuerträgers beschweren.

Zur Hebung der Steuermoral würde auch eine gerechte Verteilung der Lasten beitragen, nicht nur im Gelebenswege, sondern auch in der Praxis der Finanzämter. Es muß streng darauf geachtet werden, daß der große Steuerträger nicht durch allerhand Manipulationen der Vertretung entgeht, daß ihnen auf Kosten der kleinen Steuerträger keine unberechtigten Nachlässe gewährt werden.

Wenn die Finanzverwaltung die Steuermoral heben will, dann muß sie aber vor allem auch selbst das Gesetz genau erfüllen und die Integrität des Obersten Verwaltungsorgans anerkennen, auch wenn sie einmal zugunsten des Steuerzahlers entscheidet.

In der Behandlung der Steuerdefraudanten schwankt die Finanzverwaltung von einem Extrem zum anderen: Auf der einen Seite strengste Maßnahmen, auf der anderen regelmäßige Amnestien, Vorteile bei Anleihen, Steuerabkürzungen etc. Für die armen Steuerzahler gibt es nichts Derartiges, weil die Finanzverwaltung zu Unrecht

spricht die Dual: es sind Leidensgefährten des anderen. Der Wagen wird eskortiert von grinsenden Vuben in Uniform, mit Halenkreuzbinden an den Armen. Um den Wagen herum eine fohrende Meute, triumphierend greien einige Bürger am Straßenrand.

Eva schaut stumm über die Karte hin. Ihr weiches, leichtes Mund wird härter, ihre Augen sind hart. Ueber der Rosenwurzel zeichnet sich eine kleine Falte.

„Den Mann auf dem Wagen kenne ich“, sagt Justus. „Bier Jahre lang lag er im Arge draußen. Im November 1915 wagte er seinen Kopf für die Freiheit. In den revolutionären Wirren seiner Heimat trat er gegen jede Gewalttat auf. Damals hatten ihm Spartakisten den Tod geschworen. Dann schickte ihn das Volk in den Reichstag. Einer von den Einfachen, denen menschliche Gerechtigkeit selbstverständlich ist... Dafür legt er auf dem Schandlarren, dafür wurde er vor einem Jahre in diesem Aufzuge täglich durch die Straßen seiner Heimatstadt geführt. Frauen weinten, Arbeiter hallten die Häuse, aber der heulende Mob beherrschte das Feld... Das Bild ist ein Photo und jungen Menschen, das Halenkreuz am Hals, verlaufen es in den Straßen dieser Stadt...“

Beide schweigen. Justus klappt das Buch zu, die Karte ist verschwunden. In seinem Hirn taucht hinter dem Photo ein anderes Bild hervor: der Märtyrer mit dem Strohkranz, Kriegsnechte, johndes Volk... „Wissen Sie, wo dieses andere Bild hing, Eva? — In meinem Meditationszimmer.“

Er blickt über den Tisch hin in das weiche Dunkelblau des Abends, denkt an seinen Schreibtisch, an die helle Wand mit dem alten Tisch im Rahmen. Gerettet aus den Regalen eines Antiquariats. Und nun? Wo war sein Bild jetzt? Zerfallen, zerstückt? Sein Herz ging unruhig; man kann an „tunnen Dingen“ hängen wie an Menschen... „Es war ein eigenartiges Bild. Der Künstler ist mir unbekannt. Das Ewige unserer Zeit war darin und mehr: der ewige Revolutio-

när, der ewige Dulder, der geschundene Geist und die ewige Dummheit daneben...“

„Ich fürchte, die ist am ewigsten. Man kann auch sagen, die ewige Bestie.“ Das Jächeln über Evas Ratenvorzeichen vertiefte sich... „Jeden Jahre alter, dachte Justus, plötzlich kann ein Kind um zehn Jahre altern.“

„Die Menschheit hat zwei Antlitz, Eva — ein erhabenes und ein gemeines. Aber das erhabene Antlitz wirkt neben der Gemeinheit umso strahlender. Wenn Sie das Gesicht des Kämpfers im Strohkranz gesehen hätten, sein Leuchten, seine Größe, die den Vollen zuzieht — es hebt über alles Niederrichtige, Dumme und Hohe hinweg.“

„Und die anderen? Die anderen nicht... Nicht die Kriegsnechte, nicht den Mob — und der lauert in mehr Menschen, als wir glauben.“ Sie spielte an ihrer Korallenleiste, die Finger zitterten. „Lohnt es, neben soviel Abhub zu vegetieren? Kann man leben, wenn man so viele Menschen zu Mitläufern der Gemeinheit werden sieht? Soviele, von denen man's nie geglaubt hätte!“

Justus blickte trotz eisfroden hinter die Brille. Da war sie wieder, diese Verzweiflung am Leben, die heute gerade unter den Jungen umging! Aber ist bei ihr noch etwas anderes dahinter? Liebe zu einem, der sie verriet, als es hieß, Farbe zu bekennen?

„Ich habe das Ruf und Nieder, Sieg und Niederlage des Guten und Bösen erlebt. Sie nicht. Ihre Jugend — — — Er staute. So jung war sie ja gar nicht, sie war tausend Jahre alt und noch mehr, wie so viele Frauen ihres Volkes. „Warum halten Sie sich nicht an das, was gut und groß ist? Neben der ewigen Robeit, neben der unvergänglichen Dummheit gibt es eine Elite, für die man lebt. Und auf die Dauer bestimmt diese den Gang der Geschichte. Von den Großen der Menschheit will ich nicht reden. Aber schon ein Herkules wiegt schwerer als ein Duzend Gleichgültiger oder Mitläufer der Gemeinheit, wie Sie sagen. Und von diesen Herkules gibt es drüben Überlaufende.“

Eva lächelte. „Das ist wahr, Justus, das ist wahrlich wahr.“ Und nach einer Weile: „Sie denken männlich, und das ist für Sie richtig, Justus. Bei einer Frau verläuft das wohl anders, muß es anders sein... Sie denkt nicht so in... in kämpferischen Vorstellungen. Daß unsere Kinder, alle Kinder, die wir um uns herum sehen — daß sie von der Gemeinheit immer wieder maltariert und niedergeschlagen werden können, das vielleicht Sinnlose dieses Gemütes, das machen uns weder die Goethes noch die Herkules leichter...“

Hier mühte eine Frau her, eine möglichst einfache, dachte Justus. Vielleicht die Gusti, ja, wohl, die mühte sprechen. „Soll ich einmal die Gusti spielen, Eva? Da? — Nein, liebes Fräulein, würde sie sagen, jeder macht sich seine Schmerzen. Ich habe andere. Ich komme aus einem gutbürgerlichen Hause. Mehrere Geschwister. Für keinen blieb viel, aber immerhin so zehntausend Mark für jeden. Dann lernte ich meinen Mann kennen. Keine Familie verfluchte mich, gibt sich mit so nem Kaderegehilfen ab, wo doch gute Partien bereit standen, nicht? Er war ein idealistischer Mensch, das zog mich an. Wir haben geheiratet. Später wurde er ins sozialistische Sekretariat unseres Ortes gewählt. Tag und Nacht draußen, Sonntags auf dem Lande. Unser Bub hat von seinem Vater nichts gehabt. Wie die Bräunen aus Kuder kamen, schleppten sie ihn ins Konzentrationlager. Was ich da durchlitten habe, wie soll ich das erzählen? Zwei Kinder sind gestorben, eins in jener Zeit. Da durfte er raus, völlig zerfallen, ein Rest seiner selbst... Wir sind über die Grenze gegangen, weil ihn die Schindler wieder holen wollten. Allmählich hat er sich erholt, aber der lebendige Mensch von früher... das wir der nie wieder... Und nun ist noch der Bub drüben, bei den Großen. Wissen Sie, was das für eine Mutter heißt: ein Kind haben und nicht sehen dürfen?“

(Fortsetzung folgt.)

Wir suchen ein Land

Roman einer Emigration
Von Robert Grötzsch

Copyright by Eugen Prager-Verlag, Bratislava.

Er kennt dies böhmische Gestade, hat es mit dem Mann besahen. Gibt es Ahnungen von Kommen dem, gibt es Luftspiegelungen zukünftiger Dinge? Ihm dünkt, er sehe heimatisch an böhmischen Strand, Felder und Wiesen bis zum Wasser, sonnengehörte Weinberge, die leichten hellen Niesenlauben der Hopfenfelder — und vor ihm gaukelt im blauen Sonnenlicht ein Bild: der Märtyrer auf dem Strohkranz, die grinsenden Kriegsnechte, die johndende Menge. Dann zerläuft das alles in der Sonne... Blaue Höhen am Strome, Schiffe fahren an stillen Flecken vorbei, Menschen schlendern am Ufer, reden miteinander, ohne sich immer undreht zu müssen, ohne zu fürchten, daß ein Ungebetener mithorcht, kleine Cafés kammern im Abendlicht... Wieder taucht der Märtyrer auf, die tohen Wägen der Kriegsnechte...

Gibt es solche Luftspiegelungen, die von einem sechsten Sinn aufgefangen werden, wenn sich die Seel' vom Alltag löst und über das eigne kleine Dasein emporflattert? Zur selben Zeit nämlich sitzen Eva und Justus im Garten eines Wesscafés und betrachten ein Bild, Lichtvolle Insekten mit grünen Rücken spielen um die Lampe, die neben dem Tische wie ein leuchtender Knopf auf einem Holzpfahl thront. Justus hat ein Buch aufgeschlagen. Eine Karte liegt darin, harmlos wie eine Postkarte, aber das Bild darauf ist böse: auf ratterndem Hundelarren sitzt ein ergrauter Mann mit lächerlich geschwollenem Kopf. Die Augen blicken ins Leere. Das fröhliche Gesicht ist von Leid und Marter gezeichnet. Der Wagen wird von zwei Männern gezogen. Auch aus ihren Gesichtern

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Neuerliche Selbstentlarvung der SDP Ein parlamentarischer Antrag gegen die Landarbeiter

Bei der Novellierung des Sozialversicherungs-gesetzes gelang es den Agrariern, eine Uebergangsbestimmung für die Dauer von zwei Jahren durchzusetzen, wonach landwirtschaftliche Saisonarbeiter aus der Invaliditäts- und Altersversicherung überhaupt ausgeschlossen werden, während für die ständigen Arbeiter eine wesentliche Beitragsermäßigung vorgesehen wurde. Durch diese Bestimmung werden einerseits

die Landarbeiter geschädigt,

welche für die Dauer dieser Ausnahmebestimmung entweder überhaupt ihre Beitragsmüssen und damit den Anspruch auf Erhöhung der Rente verlieren oder nur wesentlich herabgesetzte Steigerungsbeträge erwerben können und überdies die Rente unter erschwerten Bedingungen erlangen, da die Beitragswochen, für welche die niedrigeren Beiträge bezahlt werden, nur zur Hälfte in die Wartezeit eingerechnet werden. Andererseits wird aber die Zentralsozialversicherungsanstalt geschädigt, die einen wesentlichen Einnahmehintergang erleidet, wodurch sie gezwungen wird, die Heilfürsorge und andere nicht auf einem Rechtsmittel beruhenden Leistungen zu droffeln. Und schließlich kommt auch die Staatskasse zu Schaden, da sie zum teilweisen Ersatz dieses Entgangs monatlich 1.100.000 Kč zusätzlich aufzuwenden zu können.

Die Geltung dieser Ausnahmebestimmung, welche die Sozialisten im Jahre 1934 passieren lassen mußten, um die Sanierung der Krankenversicherung und vor allem die Einführung des Alterszuschusses nicht zu gefährden, läuft am 30. Juni ab. Die Agrarier, denen in den letzten Jahren das Getreidemonopol, die allgemeine Zinsfrierung, die Schuldenentlastungen, die Sonderbestimmungen über das landwirtschaftliche Ausgleichsverfahren, zugute gekommen sind, streben dennoch die Verlängerung

dieser für die Versicherten und die Versicherungsanstalt schädlichen Bestimmungen an. Das ist schließlich nicht überraschend.

Geradezu unverständlich ist es aber, daß die „eindeutig soziale“ SDP diesen Bestrebungen der Agrarier zu Hilfe kommt

und, wie dies in dem Antrag der Abgeordneten R. Ritz und J. Kall geschildert ist, selbst die Verlängerung der angeführten Bestimmung auf weitere zwei Jahre fordert. Die Begründung des Antrages redet sich deutlich darauf aus, daß sich die Einnahmen der Landwirtschaft besonders in den Gebieten, wo wenig Getreide gebaut wird, nicht gesteigert haben. Aber die kleinen Viehzüchter in den Gebirgsgegenden beschäftigten keine landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, sie arbeiten überhaupt fast ohne fremde Hilfskräfte, sondern überwiegend selbst mit ihren Familienangehörigen. Sie haben also von der Ausnahmebestimmung keinen Vorteil, der vielmehr den Großgrundbesitzern zugute kommt und sie sehr wesentlich entlastet zum Schaden der ausgebeuteten Landarbeiter, der Zentralsozialversicherungsanstalt und des Staates.

Und diesen Antrag haben unter anderen auch der „Arbeitervertreter“ Sandner und der Industriellenvertreter Dr. Kolke und Dr. Peters unterschrieben.

Das hätte nicht einmal die Palastkreuzler über sich gebracht! Aber die SDP will offenbar dem Bund der Landwirte Wind aus den Segeln nehmen, vor allem aber wieder einmal bei den Herren Stoupal und Genossen die Hand machen. Daß eine der ärmsten Gruppen der Arbeiterchaft dadurch empfindlich benachteiligt wird, sieht die eindeutig sozialen Herren nicht im mindesten an.

Für die Großagrarier, gegen die Landarbeiter und gegen die Sozialversicherung: Das ist ein sehr wesentlicher Beitrag zur Erkenntnis des wahren Wesens der sogenannten Volksgemeinschaft!

Fahrlässigkeit der Grubenverwaltung Das Unglück auf dem Prokopschacht vor Gericht

Dienstag, den 23. Juni, vormittags wurde der Bezirat Ing. A. Vlasel, dem die amtliche Aufsicht und Kontrolle der Grube Prokop oblag, einvernommen. Seine Einvernahme nahm nahezu den ganzen Vormittag in Anspruch. Vor ihm lagte Bergingenieur Vasek von der Grube Emanuel folgendes aus:

Am 6. Oktober um 1 Uhr nachts sei er alarmiert worden und kurz nach halb 2 Uhr kam er zur Grube Prokop. Ing. Vlasel gab an, daß er sofort mit dem Auto zur Grube fuhr, als er vom Unglück verständigt wurde. Um 4 1/2 Uhr war bereits die Rettungsmannschaft vom Emanuel-Schacht unterwegs. Nach den ersten Erscheinungen hatte man angenommen, daß eine Explosion stattgefunden hat. Der Kuffeher Wend sprach diese Vermutung aus. Bei der Einfahrt in die Grube waren die Wetterverhältnisse derart, daß man schließen konnte, daß alle in der Grube befindlichen Personen noch am Leben sein können. Der Zeuge habe dann die Rettungsarbeiten geleitet, es sei aber nicht mehr möglich gewesen, zu den Verschütteten zu gelangen. Im Jahre 1935 habe er die Grube dreimal insiziert. Bei der ersten Besichtigung am 8. Jänner wurden eine Reihe bedeutender Mängel festgestellt und die Betriebsleitung beauftragt, diese Mängel bis zum 15. Juni zu beseitigen. Auf Verlangen des Betriebsrates fand am 28. Jänner eine außerordentliche Besichtigung der Grube statt, bei der wiederum unheilbare Zustände festgestellt und die Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen aufgetragen wurden. Auf Grund einer Anzeige des Ing. Vasek, der seit einem Monat verdächtigen Mauth aus der Grube Prokop aufsteigen ließ, erfolgte wieder eine Besichtigung der Grube. Nach den Angaben der Grubenarbeiter konnte festgestellt werden, daß an der Weste des Hauptstollens Feuergefahr bestand. Es wurde wieder der Auftrag gegeben, bis Ende Oktober einen zweiten Ausgange herzustellen, oder, wenn das bis zu dieser Zeit nicht durchgeführt sein würde, einen Ersatz- und Notausgang zu schaffen. Wenn dieser Notausgang vorhanden gewesen wäre, wäre es unter gewissen Umständen möglich gewesen, die im Schacht befindlichen Bergleute zu retten. Der Kuffeher Wend sei als Aufsichtsorgan angemeldet gewesen. Für diese Stelle sei eine Fachschulbildung nicht nötig. Das Bergamt habe die Bestellung Wend als Kuffeher nicht bestätigt, aber mit Einverständnis des technischen Leiters gebilligt, daß Wend als Schupmann auch als Ausschlußkuffeher verwendet werde. Der Hauptstollen sei nach dem Unglück bis auf 70 Meter Entfernung von der Unglücksstelle in Ordnung gewesen. Bekannt sei dem Zeugen gewesen, daß auf der Grube Prokop unter der Leitung des Ing. Barilov immer in zwei Schichten gearbeitet wurde. Nach dem Weggang Barilovs wurde in drei Schichten gearbeitet und die Sicherungsarbeiten wurden gleichzeitig durchgeführt. Beschwerden und Beschäftigungen in dem Grubenapparat habe er bei der Besichtigung nicht wahrgenommen. Diese wurden auf dem Bergamt von der Betriebsleitung, der es die Arbeiter immer vorzuziehen, nicht gemeldet. Die Besichtigung

und Befanngabe einer Feuerordnung war vom Bergamt ausdrücklich verlangt worden. Die Feuerordnung sollte deutsch und tschechisch befanngemacht werden, d. h. angeschlagen und auch verlesen werden. Ob dieser Auftrag auch durchgeführt wurde, entziehe sich seiner Kenntnis.

Der Bergmann Karl Wagner gab an, daß bei Schichtantritt um 10 Uhr nachts im Hauptstollen starke Rauchentwicklung zu bemerken war. An mehreren Stellen war das Feuer durchgebrochen und hatten sich Gase gebildet. Zur Feuerlöschung waren zwei Partien gebildet. Der Zeuge und sein Bruder arbeiteten mit dem Feuerwächter Vrabec zusammen. Mit dem letzteren waren dann noch Bielek und Maly beschäftigt, um das Dedenfeuer abzumachen und die Vorbereitung zum Schließen zu machen. Mätylich brach die Decke ein und der Stollen brannte. Er ist der Meinung, daß die Arbeiterbeiden nicht fähig waren, das Feuer zu löschen. Auf der Grube Emanuel, wo er früher arbeitete, sei dies sorgfältiger und mit größerer Sicherheit gemacht worden. Vom Bestand einer Feuerordnung und von Rettungsmannschaften in der Grube sei ihm nichts bekannt geworden. Die Mängel in der Grube bestanden schon lange und es sei an manchem Tag in der Grube nicht ausgehalten gewesen. Weiter gibt der Zeuge an, daß nach dem Weggang des Ing. Barilov immer in drei Schichten gefördert wurde und dabei ein oder zwei Mann mit den Sicherungsarbeiten beschäftigt wurden. Jumeit wurde auch schon Sonntag in der Nachtschicht gefördert. Der in der anderen Abteilung mitverschüttete Bergmann Benzel Korolus war schon über 20 Jahre in der Grube und ein erfahrener Bergmann, der sich immer überzeugt habe, ob bei der Arbeit Gefahr bestünde. Damals habe er auf die bedenklichen Zustände besonders aufmerksam gemacht. Kuffer an der Unglücksstelle, wo die Arbeiter beides und das Feuer plötzlich niedergegangen war, waren gegen den Förderer zu und auch in der unmittelbaren Nähe des Feuerortes keine Feuerstellen. Die Einvernahme dieses Zeugen wurde am Mittag unterbrochen.

Nachmittags kam als erster Zeuge der Inspektor Ing. Karl Dohl vom Revierbergamt in Brno folgendes aus: Die am 26. Juli 1935 durchgeführte Inspektion habe keinen Anlaß ergeben. Er habe damals lediglich beantragt, daß in der Grube keine Wasserleitung vorhanden war. Im August 1935, als er auf Urlaub war, wurde von der Union der Bergarbeiter auf die Mängel in der Grube hingewiesen, worauf eine neue Inspektion beschlossen wurde, aber bis zum Unglückstage nicht durchgeführt war.

Der gewissen Obersteier, Jaroslav Kohn, derzeit in Pension lebend, gab an, das Kommando führte. Seine drei Zeugen, sachgemäße Anordnungen habe er häufig widerrufen. Auf Anordnung Mauths wurde in drei Schichten gefördert. Der Zeuge weiß an der Hand des Grubenbuches nach, daß er selbständige Grubenreparaturarbeiten angeordnet und durchgeführt habe. Der Hauptstollen des Schachtes sei fast zur Gänze zusammengedrückt

zu werden. Anfangs Mai erkrankte er und als er sich wieder zur Arbeit meldete, wurde er nicht mehr eingestellt. Ing. Barilov habe ihm den Eintritt in die Grube verboten. Er sei aber trotzdem eingestiegen. Die Bergleute habe er dabei auf die Gefahren aufmerksam gemacht.

Die Arbeiter sagten ihm, daß sie diese Gefahren sehr genau kennen, sie mühten aber für Frauen und Kinder sorgen und aus diesem Grunde über die Gefahr hinwegsehen, in der sie sich befänden.

Als er daraufhin von der Bergkasseler aus mit dem Revierbergamt zu sprechen versuchte, um dieses über die Verhältnisse in der Grube aufzuklären, sei er von Mauth mit dem Stod bedroht und aus der Kasse gewiesen worden. Ing. Komriska, mit dem er wiederholt über die Gefahren gesprochen habe, habe ihm erklärt, daß auf der Strecke keine Gefahr bestehe. Auch Mauth habe er mehrmals auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Mit Mauth sei er einmündig in der Grube gewesen. Sie mußten lamals mit der gesamten Mannschaft unbesiegt in aller Eile ausfahren, weil Gase auftraten. Als er einmal Sicherungsarbeiten anordnete und die Förderung deshalb einstellen ließ, habe Mauth geordert, daß unter keinen Umständen die Förderung aufgehalten werden dürfe. Die Sicherungsarbeiten sollten später gemacht werden.

Nach der Einvernahme weiterer Zeugen, welche die bisherigen Zeugnisaussagen nur bestätigten, wurde um halb 7 Uhr abends die Verhandlung unterbrochen und auf Samstag vertagt.

Erfolgreicher Streik

Nach neuemöblichem Streik haben die Arbeiter der Firma Stefan Hindler, Schönbrunn, in einer Streikversammlung, die am Montag, den 22. Juni, stattgefunden hat, mit mehr als Zweidrittelmehrheit beschlossen, am Mittwoch, den 24. Juni, die Arbeit wieder aufzunehmen. Diesem Beschluß sind Verhandlungen vorausgegangen, bei welchen durch die Kreisanzlei Kumburg des Deutschen Hauptverbandes der Industriearbeiterchaft ein letzter Vorschlag gemacht wurde, der dahinging, daß die Arbeit am Mittwoch zu folgenden Bedingungen aufgenommen werden soll:

Die Allfordlöhne werden um zwei, drei und vier Prozent erhöht und erhalten im Dezember d. J. eine weitere Erhöhung um zwei Prozent. Außerdem soll ein lohnunabhängiges Järtenausgleich stattfinden, der offensichtliche Ungerechtigkeiten bei der Festsetzung der Allfordlöhne beseitigt. Auch die Stundenlöhne sollen entsprechend erhöht werden. In diesen Angelegenheiten im Lohn verpflichtet sich die Firma in einem Protokoll, alle Arbeiter, die am Streik beteiligt waren, bis 20. Juli d. J. wieder einzustellen. Seine Maßnahmen wegen des Streikes vorzunehmen, den Betriebsausschuss wieder anzuerkennen und auch den Urlaub in zwei Raten im Oktober und Dezember auszuzahlen und außerdem das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen anzusehen. In diesen Vorschlägen der Firma hat der Kreisanzlei Kumburg des Deutschen Hauptverbandes der Industrie hat am Montag sowohl die Streikleitung als auch nachher die gesamte Belegschaft der Firma in einer Streikversammlung Stellung genommen. Nach dem die Auffassung der Union, daß durch dieses letzte Angebot der Firma die Situation eine vollständig neue Wendung erfahren hat, von allen Arbeitern und Gewerkschaften geteilt wurde, kam es über Anregung der Union zu einem einstimmigen Beschluß, nach welchem Genosse Wagner von der Union der Textilarbeiter beauftragt wurde, den Versuch zu unternehmen, die zwei Punkte, die erst im Dezember zur Auszahlung gelangen sollen, schon jetzt zu erreichen. Diese telephonische Intervention hatte Erfolg und so konnte die Arbeiterchaft dann in geheimer Abstimmung zur Entscheidung überleiten. Bei dieser Abstimmung wurde beschlossen, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen.

„Die Zeit des Handelns ist gekommen“

Nochmalige Stellungnahme der tschechischen Linkspresse zur Henlein-Rede

Zwei bekannte tschechische Publizisten nehmen im „Právo Lidu“ und in den „Lidové Roviny“ vom gestrigen Tage Stellung zur Henlein-Rede. Im „Právo Lidu“ schreibt Dr. Ritz:

Henlein hat ein Ultimatum gestellt und seine Rede ist entweder — oder. Auf diese Rede muß die Antwort gleichfalls lauten: entweder — oder. Entweder wird die Henleinpartei eine demokratische Partei, sie wird durch ihre Taten sozial zum Staate oder sie geht sich mit allen der Lage eingeleiteten werden, über die der Staatsapparat verfügt. Es ist unerträglich, daß dieser Zustand länger andauert. Es betragen das weder die demokratischen Deutschen, noch wir Tschechoslowaken, noch der Staat. Der Regierungschef hat gerade Sonntag in Stuhnanitz Lepke erklärt, daß die heutige Koalition eine tschechische Notwendigkeit ist und daß sie erhalten werden muß. Damit fällt die Spekulation eines Teiles der agrarischen Kreise mit einem ebenbürtigen Spiel mit Henlein. Die Situation hat sich nach allen Seiten geklärt. In den „Lidové Roviny“ äußert sich Benzel Smetáček folgendermaßen:

Henlein hat in seiner Umgebung einige Male gesagt, es sei eine harte und schwierige



Bundesturnfest

Die Sonderveranstaltungen der Kreise beginnen Samstag nachmittags um halb 5 Uhr. Alle Turner und Turnerinnen, welche für die Kreisveranstaltungen in Aktion kommen, haben deshalb ihre Befahrung nach Komotau so einzurichten, daß sie spätestens um halb 4 Uhr in Komotau eintreffen.

Die Abendfeier bzw. der Funktionärappell findet Samstag abends um 8 Uhr auf dem Hauptfestplatz im großen Hall statt.

Die Schwereathleten treten am 3. Bundesturnfest mit 40 Wettkämpfern an. Die Kämpfe beginnen um 8 Uhr vormittags am Hauptfestplatz vor der großen Tribüne.

Schach am Bundesturnfest. Die Wettkämpfe der Schachspieler, an denen auch Spieler der DZ und aus Ungarn teilnehmen, werden alle in Komotau I, Hotel Martin, Leipziger Straße, ausgetragen. Die Wettkämpfe dauern Samstag von 7 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags, Sonntag von 7 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags. Sonntag vormittags findet gleichzeitig im gleichen Lokal ein Problemlösungsturnier statt, und zwar unter der Leitung des Genossen Emil Dimechek, Tetschen. Außer den Mannschaftskampfen des 5. gegen den 6. Kreis bzw. des Atlas gegen die DZ und Ungarn wird auch ein Schachwettkampf mit den Vertretern des Krut durchgeführt.

Vereinleistungen, Aktion! Freitag, den 26. Juni, sei unsere Plakataktion ein. Alle Vereine, welche für diese Aktion Plakate erhalten, mögen dieselben sofort entsprechend verwenden.

Radioreportage vom Hauptfestplatz des 3. Bundesturnfestes. Für alle Genossen und Genossinnen, welchen die Teilnahme am 3. Bundesturnfest nicht möglich ist, wird Sonntag abends in der Zeit von halb 6 Uhr bis 8 Uhr vom Hauptfestplatz ein Bericht über den Verlauf der beiden Festtage bzw. Reportage des Schlußaufmarsches aller uniformierten Broughtagegeben. Die Sendung läuft über den Prager Harzen Sender.

Nedeweise notwendig. Er kann erwarten, daß dies auch von tschechoslowakischer Seite der Fall sein wird. Er darf nicht glauben, daß wir seine Darlegungen von einer verschiedenen Staats- und nationalen Grenze ruhig zur Kenntnis nehmen. Ebenso bedeutet seine Kritik unserer auswärtigen Politik nichts anderes als daß wir uns dem auswärtigen Programm Berlins unterordnen. Den Grund, warum wir dies tun sollen, hat sich Henlein allerdings erparat. Nur deswegen, weil er es wünscht? Und was die Mehrheit der Bevölkerung wünscht, bedeutet nichts? Wohin das schließlich führt, ist klar. Die Sudetendeutsche Partei stellt sich außerhalb der tschechoslowakischen Gemeinlichkeit, deren Teile in den grundlegenden Fragen der staatlichen Orientierung durchaus übereinstimmen.

SDP-Flugblatt gegen die SDP

Vor uns liegt die Abschrift eines in Plan gedruckten und weit über dieses Gebiet hinaus verbreiteten Flugblattes, in dem der (von uns ausföhrlich behandelte) Hall Smetáček, des seines Amtes enthobenen Vizepräsidenten der SDP, und die turbulente Bezirksratsführung in Plan zur Schande der SDP nochmals geschildert werden. Bei dieser Sitzung, heißt es dann in dem Flugblatt weiter, wurden

der Kreisleiter Frank und Dr. Schmued der Unwahrheit überwiesen. Kreisleiter Frank behauptete, an Dr. Schmued seinen Brief geschrieben zu haben, mit dem Inhalt, daß letzterer die Wahl Schwarzmeiers zum Bezirksleiter verhindern solle. Dr. Schmued sagte aus, einen solchen Brief nicht erhalten zu haben. Darauf teilte der in der SDP-Organisation mit einem künftigen Lohn angeheulte Josef Sbm mit, daß er diesen Brief gelesen und den Inhalt an Schwarzmeier weitergegeben hat. Die Empörung darauf war begrifflicherweise sehr groß und es wäre sicher zu Ausschreitungen gegen Frank und Dr. Schmued gekommen, wenn nicht Schwarzmeier zur Disziplin aufgefördert hätte.

Der Kampf, der heute in der SDP geführt wird, ist keine lokale Angelegenheit für Plan, sondern wird heute in allen Bezirks-, Kreis- und Ortsleitungen geführt...

Was schon deshalb kein Wunder ist, weil es zweifellos nicht nur in Plan solche nette „Internas“ gibt!

Was sagte Hacker?

Im vergangenen Sonntag sprach Gustav Hacker, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, auf einer Tagung der Landjugend in Bloßha, die „Brücker Zeitung“ weiß über diese Rede u. a. folgendes zu berichten:

„Das nationalpolitische Bekenntnis, das Gustav Hacker in Bloßha hat zur selben Stunde abgelegt, in der Konrad Denlein in Eger sprach, steht in den Ausführungen des Parteiführers der ZDP inhaltlich nahe. Wir streben alle zur wahren Volksgemeinschaft“, jagte der Reichsobmann des Bundes der Landwirte, „wir sehen aber auch unseren Weg klar gezeichnet. Diesen müssen wir gehen. Denn wir alle gehören mit allem was wir besitzen zur großen Volksgemeinschaft des dreieinhalb Milliarden starken jüdisch-deutschen Volkes. Und unser Bekenntnis zur Volksgemeinschaft ist, daß wir uns verbunden fühlen mit dem großen deutschen Muttervolke, das außerhalb unserer Staatsgrenzen sich befindet. Mit diesem fühlen wir uns so stark verbunden, als es nur möglich sein kann und kein Feind kann uns von diesem trennen! Mit Interesse verfolgen wir die Vorgänge im Staate unseres Muttervolkes jenseits der Grenzen und wünschen ihm die beste weitere Entwicklung und verzehren gerne die Tatsachen, die es mit jedem Schritt weiter in eine bessere Zukunft führen.“

Uns dünkt, der wandelbare Herr Hacker hätte es nötig, den Bericht der „Brücker Zeitung“ aufzulärern.

Von unseren Kinderfreunden

Auf nach Komotau!

An alle unsere Jansen und Mitglieder!

In wenigen Tagen werden unsere Arbeitertouristen zu ihrem 3. Bundesfest in Komotau aufmarschieren. Bei diesem Fest, das über den Rahmen des Kreis hinaus zu einem gewaltigen Aufmarsch der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft werden wird, werden auch wir Kinderfreunde nicht fehlen. Viele unserer Jansen und unserer Mitglieder werden als Turner mitmarschieren und an den turnerischen Vorführungen teilnehmen. Unser heutiger Appell geht nochmals an alle jene, die nicht aktiv als Turner nach Komotau fahren. Auch sie sollen an diesem Feste teilnehmen. Soweit unsere Jansen und Mitglieder eine Krus-Melion haben, kommen sie in dieser Kleidung. Alle anderen sollen in der Jansenkluft und dem blauen Hemd nach Komotau kommen. Die roten Jansen werden im Festzug eine eigene Gruppe bilden und unsere Mitglieder werden sich in die Gruppe der Parteigenossen eingliedern. Vom 4. bis 6. Juli marschieren wir mit in Komotau!

Mit „Freundschaft!“
Der Reichsvorstand.

Becher „Märt auf“. Franz Becher, der sich nicht schämt, nunmehr die kommunistische Werbetrümmel zu rühren, wurde in einer Versammlung in Eibenberg-Grünberg, in der die westböhmischen Fluglandfahrer berichteten, über die Gründe seines Ausschlusses aus der sozialdemokratischen Partei befragt. Die „rote Fahne“ berichtet darüber folgendermaßen:

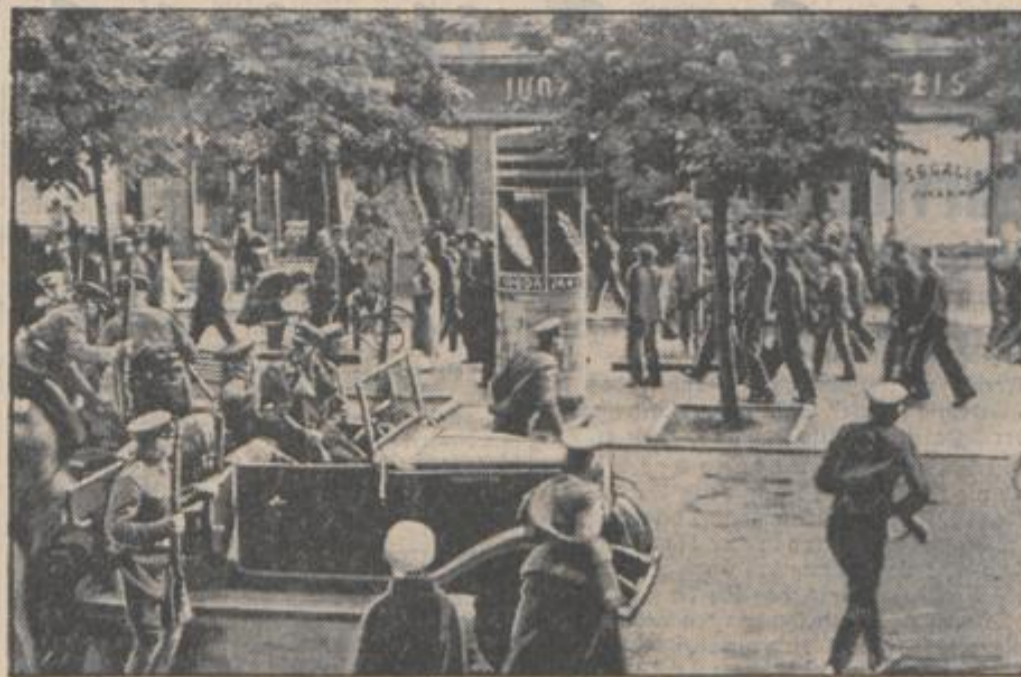
„Großes Interesse erweckte die Antwort des Genossen Becher auf eine Anfrage wegen seines Ausschlusses aus der sozialdemokratischen Partei und der Frage, die gegen ihn im „Volkswille“ geführt wird. Becher gab dazu treffende Aufklärung...“

Es kann wohl sein, daß sich die „rote Fahne“ mit der „treffenden Aufklärung“ zufrieden gibt. Es wäre aber dringend nötig, daß sie mitteilt, worin denn eigentlich die „treffende Aufklärung“ Bechers besteht. Wir haben, wie der „Volkswille“ die vom Abg. Krah in der Reichstheater Versammlung über Becher mitgeteilten Tatsachen registriert. Hat Becher diese Mitteilungen widerlegt? Heraus mit der Sprache, „rote Fahne“!

Er fand keine Arbeit. In Klötzele a. d. E. hat sich der Zimmermann Ferdinand K e u m a n n deshalb aufgehängt, weil alle seine Bemühungen, Arbeit und Verdienst zu finden, schlagversagen waren.

Die Masaryk-Wohltätigkeitsstiftung. Das Ministerium des Innern schreibt im Amtsblatt der Tschechoslowakischen Republik einen Konkurs auf die Verteilung des Rückgenusses der Masaryk-Wohltätigkeitsstiftung für das Jahr 1936 aus. Die Frist zur Einbringung der Eingaben, die mit den entsprechenden Dokumenten dem Landesamt vorzulegen sind, in dessen Gebiet der Geschädigte seinen ordentlichen Wohnsitz hat, begann am 1. Juni 1936 und endet am 31. Juli 1936. Die Dotation eines Stipendiums beträgt im Prinzip 2000 Kč. Tschechische Personen haben die Gesuche um die Stipendium mit dem Vermögenszeugnis, dem Wohlverhaltenszeugnis und der Bescheinigung über die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu belegen. Juristische Personen (Kaufmännische Institute, Blindeninstitute, Krüppelheime usw.) haben dem Gesuche die gültigen Statuten, den Jahresbericht für das Jahr 1935, den Vorschlag für 1936 und eine Uebersicht der Tätigkeit vorzulegen. Gesuche, die vor dem 1. Juni 1936 eingebracht wurden, sind in der Konkursfrist zu wiederholen. Die Stiftung verleiht das Ministerium des Innern Ende 1936.

Spiionageverdächtig. In Politz wurde ein Reichdeutscher verhaftet, der sich als Redakteur Komad aus Waldenburg in das Hotelbuch eingetragen hat. Die Gendarmerie verfolgte seine Tätigkeit, insbesondere seine verschiedenen Fahrten in Städte, wo Garzationen sind. Wie die „R.“ berichtet, wurde er schließlich unter dem Verdacht der Spionage festgenommen, in Pevanau verhört und dann nach Königgrätz eingeliefert.



Generalstreik in Kowno

Bei der Verhaftung eines Arbeiters in Kowno kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei, die schließlich zur Auslösung des Generalstreiks führten.

Tagesneuigkeiten

„Das Unglück des Ueberflusses“

Die Pariser Wochenzeitschrift „Lu“ hat eine interessante Sondernummer kürzlich unter dem Titel „Mangel durch Ueberfluß“ herausgegeben. Das Heft enthält eine Reihe von Daten, die durch zwei Organisationen von französischen Technikern geliefert wurden. Es soll nämlich der Nachweis erbracht werden, daß wir reich genug sind, um in Ueberfluß und Freiheit zu leben und daß nur eins fehlt, das Einkommen anders zu verteilen.

Die Welt im Zeitalter des Ueberflusses zeigt folgende Zahlen: 30 Millionen offiziell unterstützte Arbeitslose, das heißt etwa 60 Millionen Arbeitslose überhaupt in der Welt. 250 Millionen Unterernährte; 24 Millionen, die jedes Jahr verhungern; 1,2 Millionen, die sich vor Hunger töten. Zu gleicher Zeit wird zerstört: in Rio de Janeiro 7.750.000 Sack Kaffee; in New York 6.200.000 Schweine, 2 Millionen Tonnen Mais; in Kalifornien 1.500.000 Orangen, 10.000 Hektar Erdbeeren; in Frankreich 286.000 Äpfel, 156.000 Hektar Weinberge, 20.000 Tonnen Getreide. Und so weiter und so weiter... Nach einer Schilderung der Steigerung der Arbeitskraft der Menschen in den letzten 16 Jahren um das Fünffache schreibt das Blatt: „Die Maschine hat innerhalb weniger Jahre den Ueberfluß erschaffen. Aber die Menschheit, die ihn noch nicht erblüht, erkennt ihn nicht und nennt ihn fälschlich „Krise“. Es handelt sich aber nicht darum, weniger zu produzieren, sondern besser zu verteilen. Es gibt keine „Ueberproduktion“, wenn 50 Millionen Menschen Hungers sterben; wenn es Menschen gibt, die an allem Mangel leiden, während man „zuviel“ produziert, wie sollen sie denn genug haben, wenn wir weniger produzieren? Nein, wir müssen die Maschinen mit ihrer ganzen Produktionskraft arbeiten lassen und dem Verbraucher Mittel geben, ihre Erzeugung aufzunehmen...“

... Die Wissenschaft ist nicht mehr in Einklang mit der sozialen Gerechtigkeit. Unsere Wissenschaft ist der Gerechtigkeit vorangeeilt. Dagegen gibt es nur zwei Mittel: Entweder die Wissenschaft aufzuhalten, wie Jupiter einst Prometheus fesselte, oder der zurückgebliebenen Gerechtigkeit die brüderliche Hand reichen, damit sie der Gerechtigkeit nachkommt. Wissenschaft und Gerechtigkeit wieder in Einklang zu bringen heißt Planvoll produzieren und verteilen, das heißt Wirtschaftsplanung, das heißt Plan der Arbeit...“

Ein folgenschweres Flugzeugunglück ereignete sich heute über der Militärflugbasis von Oberbourg. Vier Wasserflugzeuge waren zu einem Gruppenflug aufgestiegen, als zwei von ihnen in etwa 200 Meter Höhe zusammenstießen. Beide Apparate stürzten zu Boden und wurden zerstört. Die fünf Insassen wurden auf der Stelle getötet.

60 Personen vom Blitze getötet. Die Sostoter Polizeidirektion hat soeben einen Bericht veröffentlicht, demzufolge im Verlaufe der letzten vier Tage in ganz Bulgarien 25 Personen durch Blitzschlag getötet wurden, hievon 15 an ein und demselben Tage. Die Gesamtzahl der Opfer von Blitzschlägen im heurigen Sommer beläuft sich bisher auf 60. Außerdem wurden im Verlaufe der letzten schweren Gewitter mehr als zehn Personen tödlich oder leicht verwundet, zahlreiches Vieh wurde auf den Viehweiden vom

Blitze erschlagen. Unweit der mazedonischen Stadt Petric rissen infolge der Regengüsse auftretende Hochfluten mehr als 300 Schafe mit sich.

Polnische Stadt von Räubern geplündert. Die am Fuße der Karpathen liegende Stadt M n j l e n i c e bei Krakau wurde Montag nachts von einer Bande von etwa 100 Personen überfallen. Die Bande durchschnitt sämtliche Telefonleitungen und plünderte nacheinander mehrere jüdische Geschäfte und raubte auch das Bezirksamtgebäude aus; unternahm einen Angriff auf das Polizeigebäude und bemächtigte sich eines bestimmten Gelddetrages und einiger Karabiner. Nach dem Angriff zog sich die Bande in die umliegenden Wälder zurück. Die Polizei des ganzen Gebietes wurde sofort alarmiert und begann die Bande zu verfolgen. Ein Teil der Bande wurde aufgefunden, den restlichen Mitgliedern ist die Polizei auf der Spur.

Unwetter in Paris. Bei dem dienstägigen Gewitter in Paris schlug der Blitz in der Pariser Vorstadt Mont Rouge in einen Baum, der auf einen Rußklotz fiel und ihn zertrümmerte. In dem Klotz hatten sich zahlreiche Nester mit Kindern vor dem Gewitter versteckt. Etwa 30 Personen wurden dabei verletzt. Zehn Frauen und sechs Kinder mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Aus anderen Pariser Vorstädten werden 28 Verletzte, darunter 28 Kinder, gemeldet.

In der Türkei schneit es. Die ganze Türkei wurde von schweren Unwettern heimgesucht. In der Gegend von Barnasak und Zahar sind 15 Zentimeter Schnee gefallen. In Dorfe Barlag in Anatolien erlähmte der Blitz einen 15jährigen Jüngling und viel Vieh. An einigen Stellen sind Schloffen in Eigröße gefallen. Die Ernte wurde in vielen Gegenden vollkommen vernichtet.

Die Kornmotte als Kriegsmittel. (D.) In den chemischen Werken von Saeering u. Kahlbaum wird für Kriegszwecke die sogenannte Kornmotte (Tinea Granella) künstlich gezüchtet. Die Kornmotte und ihre Larve zerstören infolge einer ungeheuren Vermehrung und nicht minder großen Gefräßigkeit nicht nur ganze Anbauflächen und Wälder, sondern auch die Vorräte von Lebensmittelpots, Lagerhäusern und Magazinen. Die Larve frisst zu jeder Mahlzeit das Achtfache ihres eigenen Gewichts. Es bestanden bisher für ihre Verwendung im Kriegszwecke große Schwierigkeiten bezüglich ihrer Beförderung, da sie äußerst empfindlich gegen Bewegung und starke Geräusche ist. Es wurden deshalb seit längerer Zeit bei Saeering u. Kahlbaum Versuche angestellt, unter welchen Umständen diese Larve mit dem Flugzeug transportiert werden könne. Den Chemikern von Saeering u. Kahlbaum ist es nun gelungen, einen hinreichend konstruierten Sack zum Transport dieser Larven herzustellen. Geizen die Kornmotte und ihre Larve kann erfolgreich nur mit giftigen Gasen, z. B. Phosphor, vorzugehen werden, deren Anwendung über den erzielten Effekt hinausreichend macht, da dadurch auch das Getreide vergiftet wird.

Ueber die Krankheit Maxim Gorkis. Einer der Aerzte, welcher Maxim Gorki behandelte, Dr. L. Lewin, erklärte, daß während der letzten Jahre, während welcher er den Gesundheitszustand Gorkis beobachtete, der große Schriftsteller bereits das sechste Mal an Grippe erkrankte. Die Grippe rief bei Gorki jedesmal eine Bronchitis und eine katarrhalische Lungenentzündung hervor. Diese Krankheit hatte jedesmal einen ernsthaften Verlauf genommen. Gorki hätte aber trotz dieser Grippeerkrankungen ein hohes Alter erreicht, wenn seine Gesundheit nicht durch eine s c h w e r e T u b e r k u l o s e, die vor 40 Jahren begonnen hat, geschwächt worden wäre.

Thomas Mann für die Amnestie-Konferenz. (D.) Zu der am 5. Juli in Brüssel stattfindenden Amnestie-Konferenz für die Opfer des deutschen Faschismus hat das Schweizerische Freiheitskomitee einen Aufruf für eine Generalamnestie in Deutschland und für die Beseitigung der Konzentrationslager erlassen. Dieser Aufruf wurde von einer außerordentlich großen Zahl von Politikern, Schrift-

stellern, Künstlern, Gelehrten und Geistlichen unterzeichnet. Unter dem Aufruf befindet sich u. a. der Name von T h o m a s M a n n.

Ein jüdischer Autobus wurde zwischen Kobylna und Zafed in Nordpalästina von Arabern aus dem Hinterhalt beschossen. Dabei wurde ein jüdischer Reisender getötet und vier verwundet.

Die Nebenbeschäftigung der Kubehändler und der Heilfonds. Die Staatsangehörigenverbände machen ihre Mitglieder auf die Unrichtigkeit der Ansicht aufmerksam, daß die Kubehändler, denen wegen ihrer Nebenbeschäftigung die Rubegewinne eingestrichen wurden und die hierdurch automatisch den Anspruch auf Heilleistungen verlieren, überhaupt von jeder Krankenversicherung ausgeschlossen sind. Solche Kubehändler unterliegen infolge ihrer Nebenbeschäftigung der allgemeinen Krankenversicherung, und zwar entweder bei der Bezirkskrankenversicherung oder bei der Krankenversicherung der Privatbeamten und Angestellten. Verliert ein Kubehändler die Nebenbeschäftigung, oder stellt er sie aus eigenem Willen ein, dann wird er mit der neuerlichen Anweisung seiner Rubegewinne wieder Mitglied des Heilfonds. Ein Gesuch um Neuaufnahme ist nicht erforderlich.

Monatsumsatz der Jora-Zigaretten: 1,8 Millionen Stück. Während der Umsatz der besseren Zigarettenarten stark zurückging, steigt beträchtlich der Verbrauch der billigen Sorten. So beträgt derzeit der Umsatz an „Jora“ monatlich rund 510 Millionen und der „Blaja“ rund 261 Millionen Stück. Besonders stark ging der Zigarettenverbrauch zurück. Von den rund 10 Millionen Rauchern in der Tschechoslowakei verausgabt jeder jetzt durchschnittlich 34 Heller für seinen Rauchbedarf.

Das Juni-Juli-Fest der Zeitschrift „Internationales Verlässliches Bulletin“, das in Prag XII erscheint, enthält wieder eine Reihe von allgemein interessierenden Artikeln. Aus dem Inhalt erwähnen wir: Docteur Causse-Paris: La médecine au service de la collectivité; Prof. J. Torre Blanco-Madrid: Spanien; Fritz Staubacher-Jülich: Die neue Abortgesetzgebung in der Sowjetunion; Einige Stimmen zum Geleitverkehr in U.S.S.R.; Prof. Oskar Fischer-Prag: Physikalische Dogmen und Wirklichkeitsfälle; Dr. E. Silbo: Das Niveau der neuen ärztlichen Fortbildung in Deutschland; Entwicklung der Krankenpflege im Dritten Reich. M u n d s c h a u: Vom Gesundheitszustand der deutschen Arbeiter; Der lokale Universitätsprofessor; Schandurteil gegen einen deutschen Arzt; Keimlichkeit und Säuglingssterblichkeit; Die Kurorte in der Sowjetunion.

Wahrscheinliches Wetter heute: Beschleudert bewölkt, noch vereinzelte Gewitter, namentlich in der Osthälfte der Republik. Auch im Karpathengebiet etwas kühler, im ganzen jedoch noch ziemlich warm. Weiterausichten für Freitag: Im allgemeinen vereinzelte Bewölkung, mäßig bis ziemlich warm.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen!

Freitag:
Prag, Sender 2: 10.05: Deutsche Presse, 10.10: Ballettmusik, 11.35: russische Lieder, 12.10: Slowakischer Tanz von Dvořák, 15.05: Deutsche Sendung; Braumauer Mittelschüler singen, — Sportvorschau, 18.45: Deutsche Presse, 20.30: Hjt: Kautz-Einfonie, 22.15: Tangomusik. Sender 3: 7.30: Arbeiterkonzert, 14.30: Tschechoslowakische Kompositionen, 15.15: Deutsche Sendung; Schallplatten, Dr. Körner: Kompositionen in Prag, — Brunn 12.10: Operngesänge, 17.40: Deutsche Sendung; Sportbericht, 18.20: Leichte Musik, — Breßlau 22.30: Mozart-Kompositionen, — Kofschau 12.35: Rundfunkarbeiterkonzert, — Währisch-Odrau 18.10: Deutsche Sendung; Zeisberger: Sport wird zur Kunst.



Vom Wahlkampf in USA

In einer Auflage von mehreren Millionen wird dieses Bildnis Präsident Roosevelts, der abermals für die Demokraten kandidiert, beim kommenden Wahlkampf um die Präsidentschaft durch ganz Amerika bis in den entlegensten Ort flattern. Wie 1932 und 1933 hat auch diesmal wieder Walter und Photograph Jacob S. Perksie aus Atlantic City den Auftrag erhalten, das Bild zu zeichnen.

Zucker sparen mit Opekta!



ohne Opekta: aus 2 kg Obst und 1 1/2 kg Zucker nur 2 1/4 kg Marmelade
mit Opekta: aus 2 kg Obst und 2 kg Zucker etwa 4 kg Marmelade

Versuchen Sie noch heute! 1 Beutel à Kč 2,- für 1-1 1/2 kg Marmelade. Sparpackung à Kč 3.50 für 2-3 kg Marmelade. 1 Flasche à Kč 8.50 für 4-6 kg Marmelade
Opekta Gesellschaft m. b. H., Prag VII, Heřmanova 35. Telephon 72950

das vorzügliche Hilfsmittel für die Herstellung von Marmeladen und Gelees, geprüft und empfohlen unter Nr. 68 durch das Čsl. Prüfungs- und Forschungsinstitut für Hauswirtschaft in Prag.



Das natürliche Sulfemittel aus Äpfeln gewonnen!

Von der Durchfahrt durch Nazi-Deutschland ausgeschlossen wurde jüngst der dänische Schriftsteller Peter Freuchen, dessen Bücher über Grönland gerade in Deutschland früher viel gelesen wurden, im Dritten Reich allerdings verboten sind. Freuchen hatte keine Mitgliedskarte der dänischen Sozialdemokratie bei sich, als die deutsche Passkontrolle ihn durchsuchte. Ob er deswegen nicht einreisen durfte oder bereits vorher auf der schwarzen Liste stand, weiß er nicht. Er wurde für den Fall des Wiederkommens mit Gefängnis bedroht. Der Kopenhagener „Socialdemokraten“ meint, dieser Fall dürfte die Keiselust zur Berliner Olympiade in Dänemark nicht gerade erhöhen. (Dn)

Verpfeffertes Rindfleisch wird durch ein neues Reichsgesetz, gezeichnet Hitler und Göring, ab 1. Juli mit besonderer Strafe bedroht. Die Begründung sagt, auch in Deutschland sei jenseitig ein Fall dieses „in anderen Staaten verbreiteten“ Verbrechens vorgekommen. Nicht amtlich bekanntgegeben wird, in wie vielen Fällen die Behörden des Dritten Reiches antisozialistische Eltern, auch solchen, deren einer Teil oder beide gerade im Konzentrationslager sind, die Vergewaltigung der Kinder angeht, und schließlich mit Hilfe der Gerichte verurteilt werden. Die armen Kinder werden in „Erziehungsheimen“ verschleppt. Diesen Tatbestand erfährt das neue Gesetz natürlich nicht. (De)

Prozess zwischen Toten. (Mö.) In Sizilien hat soeben eine tote einen Prozess gegen einen Toten gewonnen. Eine Frau Revertegal war 1928 von einem Klempner namens Lombardi angefaßt worden. Oder vielmehr: Lombardis Lastwagen kollidierte mit ihrem Privatwagen, wobei Frau Revertegal verletzt wurde. Der Prozess hing; 1931 starb die Frau, wie die Klage behauptet, infolge der erlittenen Verletzungen. Der Prozess ging weiter. Dann starb Lombardi. Jetzt sind der Verstorbenen rund 20.000 Franken Schadenersatz zugesprochen worden, die die Frau des toten Klempners an die Hinterbliebenen der Klägerin zu zahlen hat. — Die Justiz marschiert langsam, aber sie marschiert.



Schrei nicht, Lieblich! Eine Weile wirst du es schon ohne mich aushalten!

Sensen- und Peilkreuzlerbewegung in Ungarn

Der „Führer“ ein Irrsinniger

Budapest. (b) Reich an merkwürdigen Enthüllungen war der Prozess gegen die Führer der Sensenkreuzler beendet. Eine Bewegung, deren Führer ein vom Karrenhaus beurlaubter Dreizehnjähriger — Böszörmény — und ein Großgrundbesitzer mit einem Vermögen von 40.000 Hektar Grundbesitz — Graf Alexander Zetetic — ist, gewinnt Tausende Anhänger aus den Reihen der Bauern. Menschen, des Lesens und Schreibens unkundig, die aus ihrem unvorstellbaren Elend mit allen erdenklichen Mitteln die Erlösung suchen. Demagogie, Lüge, unmögliche Versprechungen, nach dem glorreichen Muster im Dritten Reich, verführen die in tiefem Elend dardenden Bauern, Antisemitismus, Antimarkismus, Religionsfeindlichkeit werden gepredigt und es entsteht eine sogenannte Volksbewegung im Interesse einiger Geschäftsposittiver.

Kürzlich wollte der „Führer“ den Marsch nach Budapest antreten. Das wurde ihm zum Verhängnis. Die Führer der Bewegung wurden verhaftet. Nur Herrn Böszörmény mußte man freilassen. Er besitzt ein amtliches Zeugnis, daß er unzurechnungsfähig ist.

Böszörmény rühmt sich, ein Mann der Tat zu sein. Diesen Ruhm lieben die Bauern. Daher wimmelt es in der Bewegung von „Aktionen“. Täglich werden Aktionsbefehle herausgegeben. Und die Bewegung gewinnt an Boden, weil jeder-mann weiß, daß die Regierung mit der Bewegung sympathisiert. In einem der reaktionärsten Länder Europas, — in dem keine sozialdemokratische Volksversammlung in einer Landgemeinde geduldet wird, — können die Frei- und Sensenkreuzler ihre Nordbesprechungen ungehindert abhalten.

Die reichen Geldmittel fließen aus Deutschland...

Der letzte Aktionsplan enthält folgende Befehle des „Führers“:

1. Marsch auf Budapest. Im Falle eines Widerstandes wird die Stadt dem Erdboden gleichgemacht.
2. Alle Juden werden an einem angegebene Tag ausgetrieben.
3. Böszörmény zieht im königlichen Palais in Ofen ein und proklamiert die Übernahme der Macht.

Mandate der Gömböspartei annulliert

Budapest. (b) Im Lande der „Freiheit und der tausendjährigen Verfassung“ hat das Oberste Verwaltungsgericht wieder zwei Mandate von Regierungsabgeordneten annullieren müssen. Dem Grafen Johann Teleki und dem Präsidenten der Gömbös-Partei, Bela Kovacs, wurden durch das Gericht die Mandate aberkannt, da gerichtsbefugungsgemäß festgestellt wurde, daß die Regierungspartei nur mittels Verletzung, Fälschung der Stimmzettel, Zählung der Stimmen von Wählern, die überhaupt nicht gewählt hatten, widerrechtliche Zurückweisung der Stimmen oppositionellen Wählern, die Mandate erlittenen hatte. Die Obmannen der Wahlkommissionen wurden strafweise auf zwei bis fünf Jahre des Wahlrechtes verlustig erklärt. Innerhalb eines Jahres, seit den letzten Wahlen, wurden insgesamt 24 Mandate der Regierungspartei von Gerichten wegen annulliert, also von 245 Mandaten des Parlaments zehn Prozent, von 175 Mandaten der Regierungspartei 14 Pro-

zent der Mandate. In jedem anderen Lande würde die Regierung, die, wie gerichtlich festgestellt wurde, ihre Mehrheit mit Schwindel und brutalem Gewalt erobert hat, abdanken müssen. Im Lande der „ältesten Verfassung“ bzw. der Diktatur eines Generalfeldmarschalls, regiert Herr Gömbös lustig weiter, als ob nichts geschehen wäre.

4. Das Parlament wird auseinandergefagt und Böszörmény wird Diktator.

5. Das Vermögen der Juden wird konfisziiert und unter die Bauern aufgeteilt.

Es ist gar nicht verwunderlich, daß besitzlose, hungernde Bauern in dem reichen Land, in dem Lande der Großgrundbesitzer mit sechs Millionen Hektar Grundbesitz, solchen Raubtaten Glauben schenken. Es ist gar nicht verwunderlich, daß zehntausende verzweifelte und unterdrückte, von jeder politischen Willensäußerung mit Gewalt verhinderte Bauern, mit Begeisterung diese „Offenbarung des Führers“ begrüßen. Im übrigen Europa kann man sich gar keine Vorstellung machen, in welchem Elend die Menschen in Ungarn leben. Vielleicht — aber nur vielleicht — haben im zaristischen Rußland ähnliche Zustände geherrscht.

Die Strafen im Prozess fielen natürlich milde aus. Die Sensenkreuzler sind ja doch Werkzeuge des Herrn Gömbös.

Der „Führer“ wurde überhaupt nicht bestraft. Er ist ja irr-sinnig. Der Stellvertreter des Führers Jostan Vereczky wurde zu einem Jahr Gefängnis, die anderen drei Mädeläuführer zu je zehn bis acht und drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Verurteilten erhielten bedingte Strafen von acht Tagen bis drei Monaten.

Als Milderungsgrund nahm das Gericht maßloses Elend und Unwissenheit an. Man vergleiche aber mit diesem Urteil die Urteile gegen Sozialisten und Kommunisten. Szalay und Fark wurden nur wegen des Versuchs, eine Partei zu organisieren, zum Tode verurteilt und gehängt. Friedrich Karlas wurde wegen Agitation für eine verbotene Partei zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, Kóssói seit zehn Jahren im Kerker und hat noch weitere sechs Jahre im Kerker zu verbringen, weil er es gewagt hat, als Kommunist nach Ungarn zurückzukehren. Der Gelehrte Piller und seine Genossen wurden vom Militärgericht abgeurteilt, weil sie eine kommunistische Organisation gründen wollten. Einige klassische Beispiele der ungarischen Massenjustiz!

begleitend auf die in Luzern erscheinende nazistische Pressekorrespondenz SPA des Franz Buri aufmerksam gemacht, deren Hauptaufgabe es ist, die Politik Hitlers im Donauraum mit recht grobem journalistischen Geschick zu verbreiten. Im allgemeinen richten sich die Ausfälle der SPA nur gegen Oesterreich, gegen die Habsburger und gegen den Vatikan. Jedoch, wenn eine radikale Säuberung der Politik der SPA in Sicht ist, beginnt die Hitler-Korrespondenz sich plötzlich auch mit der Tschechoslowakei zu beschäftigen, was dann natürlich in der unfähigsten und in einer die Tatsachen schamlos entstellenden Weise geschieht. So erschien am 15. Juni in der SPA plötzlich ein, aus Prag datierter Brief, in dem gegen das Staatsverdingungsgesetz polemisiert wird. Wir können die Ausführungen der SPA nicht wiedergeben, weil wir dann vermutlich konfisziiert würden. Behauptet wird in dem Artikel u. a., daß in den Randgebieten der Republik die Kerker überfüllt seien und keine Häftlinge mehr aufnehmen können, weil so viele Subetnendentische eingesperrt würden! Die Tschechoslowakei mache den Versuch, Mitteleuropa mit dem Bazillus des Bolschewismus zu infizieren. Das Staatsverdingungsgesetz diene der Bolschewisierung Mitteleuropas u. a. m. Was dieser Herr Buri in Luzern von sich gibt, brauchte einen hier nicht aufzuregen, auch wenn er es sich „aus Prag“ schreiben läßt. Interessant aber ist doch wieder dieses Zusammentreffen. Am 15. Juni widmet ein Agent Hitlers in Luzern eine Seite seines Iostbaren, sonst dem Kampf gegen Habsburg und Rom vorbehalten, Raumes der Debe gegen die Tschechoslowakei. Am 21. Juni hält Henlein seine Rede, die ein Bekanntnis zu der imperialistischen Außenpolitik Hitlers ist. Wie merkwürdige Zufälle und Zusammenhänge es doch seit 1933 in der Politik gibt!

Deutsche Seeräufungen. Nach amerikanischen Informationen soll Deutschland ganz insgeheim ein riesiges Seeräubungsprogramm verwirklichen. Der Zweck dieses Programms besteht angeblich darin, England und Rußland strategisch voneinander völlig zu trennen. Im deutschen Marinestab gehe man mit dem Gedanken um, im Falle eines Krieges nordwärts zu ziehen und die Ärmel- und Ostsee als Stützpunkte gegen England auszunutzen. In diesem Zusammenhang erhält besonderes Interesse die Meldung des Marineattachés in London, daß die deutsche Flotte der Nordsee und die Insel Helgoland stark und im fieberhaften Tempo befestigt werden. Von anderer Seite meldet man („Morning Post“) daß die Sowjetregierung Krasnodar stark befestigt. Auf der Insel Kollin werden Flugzeugbofen und Unterkünfte für U-Boote gebaut.

In Paris wurde die Hymne an jenem dem-würdigen 10. August 1792 gespielt, der das Königtum endgültig seiner Macht beraubte, und zwar von der Kapelle des Marschall-Bataillons, von dem sie dann ihren Namen bekam. Es war ihre revolutionäre Feuertaufe. Den Verfasser kannte man nicht, aber man hatte das Empfinden, daß der Gesang aus dem Volk selbst gekommen sein müsse.

Als einige Wochen später die Beauftragten der neuen Regierung im Lande herumreisten, um überall die Regimenter auf das neue Regime zu vereidigen, befand sich Carnot, der zur Rheinarmee entsandt war, einem jungen Offizier gegenüber, der sich im Gegensatz zu den meisten seiner Kameraden weigerte, den Treueid zu schwören. Es war Rouget de Lisle. — „Soll ich den Verfasser der „Marseillaise“ wegen unrevolutionärem Verhalten verhaften lassen?“, rief Carnot verzweifelt aus. Aber endlich bekannte sich auch Rouget zur Republik, und es heißt, daß er sich später im Kampf gegen die royalistischen Emigranten ausgezeichnet habe.

Rouget de Lisle hatte einen patriotischen Gesang dichten wollen, aber das Volk sah in der „Marseillaise“, lange bevor sie zur Nationalhymne wurde, sein revolutionäres Kampflied. So hüteten sich Kaiserreich und Restauration, den Dichter aus der Vergessenheit zu retten, in die er versunken war. In der Nähe von Paris, in Choisy le Roi, lebte Rouget in großer Armut, von allen vergessen. Erst die Juli-Revolution verhalf ihm zu einer bescheidenen Pension. Doch als er gestorben war, am 26. Juni 1836, eilte das Volk aus der nahen Hauptstadt herbei, und Pariser Arbeiter streuten auf seinem Sarg Zimmertellen. Dann stellten sie sich an seinem Grabe auf und sangen zum ersten Male wieder die „Marseillaise“.

Die Dritte Republik, die den Gesang zur Nationalhymne erhob, ist dem Dichter noch eine Ehrung schuldig, die sie jetzt, an seinem 100. Geburtstag nachholen wird. Aber die „Marseillaise“ ist trotz dieses offiziellen Charakters auch das begeisterte, mitternde Kampflied der Massen geblieben. Noch am 14. Juli des vorigen Jahres, dem Tage des französischen Nationalfestes, das ja auch ein revolutionäres Fest ist, versammelten sich die Angehörigen der beiden Arbeiterparteien zu ihrem ersten gemeinsamen Demonstrationzug gegen den Faschismus; die „Front Populaire“ wurde an diesem Tage geboren, und zum ersten Male sangen sie gemeinsam nicht nur die „Internationale“, sondern auch die „Marseillaise“.

Der Verfasser der „Marseillaise“

Zum 100. Todestag Rouget de Lises am 26. Juni

Ganz Frankreich bereitet sich zur Zeit darauf vor, den 100. Todestag des Mannes würdig zu begehen, der seinem Land die Nationalhymne geschenkt hat. Bevor die „Marseillaise“ zur französischen Nationalhymne wurde, war sie der Gesang der Revolution, und als solcher ist sie über Frankreichs Grenzen hinaus in alle Länder der Welt gedrungen. Man weiß wenig über den Verfasser, Rouget de Lisle, der außerdem nur einige mittelmäßige Gedichte hinterlassen hat, denen man von Zeit zu Zeit in alten, vergilbten Kalendern in dunkelster französischer Prosa begegnet. Wenn und nicht sein Name und die näheren Umstände, in denen die „Marseillaise“ entstanden ist, überliefert wären, so könnte man Rouget de Lisle als den namenlosen Urheber einer Hymne bezeichnen, die vom Volk, von der Revolution selbst geboren wurde. Denn der revolutionäre Schwing, der in allen Zeiten immer wieder die Massen aller Länder begeistert hat, kommt aus tieferen Quellen als der künstlerischen Talent eines einzelnen Mannes.

Ein seltsames Schicksal hat es gewollt, daß Rouget de Lisle sich lange gegen die Revolution wehrte, in der er zunächst nur das Ex-

machen der Nation sehen wollte, das ja in Frankreich mit der Beseitigung des Königtums zusammenfiel. Und doch ist es das revolutionäre Volk von Paris gewesen, das seine Hymne bekannt, ja unsterblich gemacht hat!

Als drei Jahre nach der Erstürmung der Bastille die Gesetzgebende Versammlung von Paris den Krieg an Oesterreich und Preußen erklärte, die gegen die junge Republik zu Felde ziehen wollten, ging eine Begeisterung durch Frankreich, wie sie das Volk vorher bei den königlichen Eroberungskriegen niemals gefannt hatte. Und der Wunsch, diese Begeisterung in Worten, in Rufst auszubringen, wurde überall lebendig. Bei der Garnison der Rheinarmee in Straßburg stand damals ein junger Offizier, Claude-Joseph Rouget de Lisle, der bei seinen Kameraden als liebenswürdiger Gelegenheitsdichter und Verfemacher bekannt war. Man bestürmte ihn, es doch mit einer solchen Hymne zu versuchen, wie jeder sie sich wünschte, aber Rouget lehnte ab: einer solchen Aufgabe fühlte er sich nicht gewachsen. Doch der Gedanke ließ ihm keine Ruhe. Und in der Nacht verfaßte er in Wort und Ton die „Marseillaise“, die er dann aus einer Gesellschaft beim Bürgermeister Dietrich zum ersten Male vortrug. Freilich trug sie damals noch nicht ihren endgültigen Namen, denn niemand konnte ihren späteren Erfolg ahnen. Rouget nannte sie bescheiden: „Gesang der Rheinarmee“.

Als einige Wochen später die Beauftragten der neuen Regierung im Lande herumreisten, um überall die Regimenter auf das neue Regime zu vereidigen, befand sich Carnot, der zur Rheinarmee entsandt war, einem jungen Offizier gegenüber, der sich im Gegensatz zu den meisten seiner Kameraden weigerte, den Treueid zu schwören. Es war Rouget de Lisle. — „Soll ich den Verfasser der „Marseillaise“ wegen unrevolutionärem Verhalten verhaften lassen?“, rief Carnot verzweifelt aus. Aber endlich bekannte sich auch Rouget zur Republik, und es heißt, daß er sich später im Kampf gegen die royalistischen Emigranten ausgezeichnet habe.

Rouget de Lisle hatte einen patriotischen Gesang dichten wollen, aber das Volk sah in der „Marseillaise“, lange bevor sie zur Nationalhymne wurde, sein revolutionäres Kampflied. So hüteten sich Kaiserreich und Restauration, den Dichter aus der Vergessenheit zu retten, in die er versunken war. In der Nähe von Paris, in Choisy le Roi, lebte Rouget in großer Armut, von allen vergessen. Erst die Juli-Revolution verhalf ihm zu einer bescheidenen Pension. Doch als er gestorben war, am 26. Juni 1836, eilte das Volk aus der nahen Hauptstadt herbei, und Pariser Arbeiter streuten auf seinem Sarg Zimmertellen. Dann stellten sie sich an seinem Grabe auf und sangen zum ersten Male wieder die „Marseillaise“.

Prager Zeitung

Kreisgerichtspräsident i. R. Franz Linhart gestorben

Prag. (rb.) In der Nacht auf gestern starb plötzlich, kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres, der geweseene Präsident des Prager Kreisgerichtes Franz Linhart. Präsident Linhart, der sich in seiner langjährigen Tätigkeit als Leiter des größten Kreisgerichtes der Republik allgemeine Hochachtung erworben hat, war als Richter und Mensch eine gleichermaßen sympathische und gewinnende Erscheinung. Der Verstorbenen, der erst im Vorjahr in den Ruhestand trat, war eine wahrhaft vornehme Persönlichkeit. Durch lange Jahre war er Obmann des Vereines „Neues Leben“, dessen Aufgabe die Fürsorge für entlassene Gefängnisse ist, u. a. eine Fürsorge, die nach modernen sozialpolitischen Methoden die Wiedererziehung der Entlassenen an die soziale Gemeinschaft erstrebt. Präsident Linhart war auch ein bekannter Kunstkenner und Sammler. Leider haben sich die aufrichtigen Wünsche für einen langen und glücklichen Lebensabend, die vor einem Jahr den scheidenden Präsidenten begleiteten, nicht erfüllt.

Etwas für ganz Verwöhnte. Eine in Prag erscheinende Tageszeitung, die den Lesern jeden Tag ihre „Meinung“ sagt, hatte in der Sundstags- bisne Stoffmangel. Der Chef sprach denn auch wahrheitsgemäß ein, daß es schwer sei, für die „nicht unverwöhnte“ Lesergemeinde interessanten Stoff zu beschaffen. Aber er hat sich selber Lügen gesagt. Auf Seite 3 schildert er, wie ein britischer Bomber auf den Dampfer „Normandie“ fällt: „Der Rauch hatte eine so starke Kraft, daß der Pilot es nur mit Mühe verhindern konnte, daß die Maschine in den Schornstein hineingezogen wurde“. So stiefmütterlich werden Flugzeuge von Schornsteinen behandelt, daß diese, sobald ein fliegendes Ungeheir in die Nähe kommt, den Rauch kräftig einzuziehen, statt ihn auszublasen. Die nicht unverwöhnte Lesergemeinde möge sich jedoch trösten: ähnliche Geschichten enthält auch der politische Teil des betreffenden Blattes, so daß alles im Lot bleibt.

Sterbender auf der Straße. In der Nacht auf gestern fanden Bahntanten auf der Schwarzhofleher Landstraße einen Mann bewußlos liegen; sein Motorrad lag neben ihm. Sie alarmierten die Rettungsgesellschaft, die ihn ins allgemeine Krankenhaus brachte, doch starb er während des Transportes. Es handelt sich um den Steinmetz Josef Kruck aus Znojmo bei der böhmisch-österreichischen Grenze, die nächste Umstände seines Todes werden untersucht.

Trampkutsche ausgeraubt. Dieser Tage wurden in einem Trampkutsche auf der Moldau zwei Pötte ausgeraubt; die Betroffenen sind die Angehörigen Jaroslav Michálek aus Přízov und Jan Bergler aus Prag XII. Da sie Verdacht gegen den Besitzer einer benachbarten Hütte, den 20jährigen Ladislav Čížek aus Prag I, äußerten, wurde bei diesem eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die einen Teil der gestohlenen Sachen zur Folge brachte. Der Schaden beträgt in einem Fall 300.—, im andern 2000 Kč. — Čížek wurde nach Pantag gebracht.

Ein Kind überfahren. Durch die Unvorsichtigkeit ihrer Mutter, der 30jährigen Martha Kavčík aus Břichovitz, wurde gestern die achtjährige Martha in der Stránská in Prag XII, von einem Auto verkehrt. Die Kavčík erlitt vor dem herankommenden Auto und sich das Kind so jäh zurück — daß es hinter und gerade vor das Auto zu liegen kam. Es wurde mit einem Bitterquark ins Anie und zahlreichen Wunden ins tschechische Kinderhospital gebracht.

Arbeitsunfälle. Vorgestern abends brach die Leiter unter dem 20jährigen Elektromonteur Georg Vornar aus Břichovitz, der unter der Liebener Brücke in Prag VII, die elektrische Leitung ausbesserte. Der Arbeiter fiel etwa sechs Meter tief betab und blieb bewußlos liegen; die Rettungsgesellschaft brachte ihn mit einer Gehirnerschütterung und einem Bruch des linken Hüfes auf die Klinik Králov. Da die Leiter verkauft war, wurde das gerichtliche Verfahren eingeleitet. — Der Monteur Adolf Wlechl aus Prag IV, der ebenfalls — in Karolinenthal — die elektrische Leitung ausbesserte, wurde vom elektrischen Strom erfaßt und erlitt Brandwunden ersten und zweiten Grades an Händen und Gesicht. Er wurde auf die Klinik Samberger gebracht.

Die gastgewerbliche Fortbildungsschule des Deutschen Handwerkervereines in Prag veranstaltete gestern die traditionelle Abschlussfeier ihrer diesjährigen Absolventen, die den Gästen bei dieser Gelegenheit überzeugende Proben ihrer Kochkunst und ihres Serviertalents boten. Die zweisprachige Schule, die schon etwa vierzig Jahre besteht und durchschnittlich gut besucht ist, bildet Mäntner und Köche aus, denen sie nicht nur die praktischen Kenntnisse ihres künftigen Berufs, sondern auch volkswirtschaftliches, hygienisches und geschäftliches Wissen durch geeignete Fachlehrkräfte vermittelt. Besonderen Wert legt die Schule, die in Prag die einzige deutsche Fortbildungsschule für Gastgewerbelehrlinge ist und unter der Leitung des Direktors Rudolph von der Weinberger Bürgerhülle steht, auf die Erleuchtung der tschechischen Sprache. Der Deutsche Handwerkerverein, dessen Obmann Robert Scheißler bei der Abschlussfeier die Eröffnungsansprache hielt, hat sich um die finanzielle Erhaltung der Fortbildungsschule, die trotz der Subventionen des Schulministeriums, der Handelskammer, des Prager Stadtrates und der böhmischen Sparkasse zusätzlicher Mittel bedarf, große Verdienste erworben.

Su viel Gasthäuser in Prag! Anlässlich der letzten Hauptversammlung der Prager Gastwirt-

verbände wurde festgestellt, daß an der schlechten Lage der Birte die Arbeitslosigkeit weiter schreitet, aber auch die Ueberzahl von Schankstätten aller Art schuld ist. In einzelnen Stadtteilen entfällt eine Konzession auf circa 350 Einwohner, in einem Falle sogar auf 53 (11), Kinder, Frauen, Kranke und Arbeitslose eingerechnet. Es gibt in Prag 2400 Gasthäuser, 135 Hotels, 208 Kaffeehäuser, 288 Weinstuben, 214 Schnapsläden und 129 Geschäfte mit Ausschankkonzession. Nachschmier bekommt man fast in jedem Laden. Im Jahre 1935 wurden 1300 neue Konzessionsgesuche eingereicht! In 790 Fällen mußte der Wirtverband gegen unbefugten Ausschank Anzeige machen, das Strafmaß betrug 104.000 Kč. Die Bedürfnisfrage für die Konzessionserteilung wurde im Jahre 1922 durch Verbesserung des Handelsministeriums dahin umschrieben, daß auf je 500 Einwohner eine Gasthauskonzession, auf je 1000 Einwohner eine Wirtshauskonzession entfallen soll. Brannweinschenken, eine auf je 5000 Einwohner. Dieser Erlass wird viel zu wenig beachtet und es wäre dringend nötig, daß der im Jahre 1926 von Dr. Polišer und Genossen eingebrachte Antrag zur Reform des Konzessionswesens dem Parlament neuerlich vorgelegt würde. Auch eine Reform des Gasthausbetriebs wäre dringend nötig. Durch die Abhängigkeit vom Braupatent sind heute die meisten Birte vom großmöglichen Bierkonsum abhängig. Aber die Menschen von heute lehnen das lange Hofen beim Stammtisch ab; moderne Betriebe, die auch den neuzeitlichen Ernährungslehren Rechnung tragen, die billige Mineralwässer und reine Obstäfte ausgeben, werden sich immer mehr entfalten. G. F.

Staatliche Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache in Prag II—56, Chrástova 5. Einschreibungen für das Schuljahr 1936/37 werden am 27. und 30. Juni 1936, in der Amstanzlei von 8 bis 13 Uhr vorgenommen. Voraussetzungen können schon jetzt täglich von 8 bis 9 oder von 12 bis 13 Uhr erfolgen. Zur Einschreibung für die 1. Klasse sind folgende Dokumente nötig: 1. Geburtschein, 2. Heiratschein, 3. Impfzeugnis, 4. Konfessionsbogen. Beim Eintritt in eine höhere Klasse ist auch die letzte Schulnachsicht, versehen mit der Abmeldekarte aus der zuletzt besuchten Schule, vorzulegen. Für Schüler, die nicht im Schulbezirk Prag II wohnen, muß bei der Schulleitung ein Gesuch um Bewilligung der Aufnahme eingebracht werden. Nähere Auskünfte erteilt die Schulleitung täglich von 8 bis 9 Uhr oder von 12 bis 13 Uhr.

Staatliche Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache in Prag I, Masná 18. Einschreibungen am 27. und 30. Juni. Große, liebe Schulkäume. Berufliche Schüler werden vom Elternschutz unterstützt.

Rebungsschule und Kindergarten (Deutsche Staatslehrerbildungsanstalt mit Koedukation in Prag III). Einschreibungen in die Rebungsschule und in den Kindergarten finden am 27. und 30. Juni 1936 statt. Anmeldungen täglich, für den Kindergarten auch nach den Ferien.

Die Befreiung der Geschäftsfreisenden und Vertreter von der allgemeinen Erwerbsteuer sowie die Novelle des Gesetzes über die direkten Steuern wird der Vorherrsche des Einheitsverbandes Kari Bacovský auf der öffentlichen Informationsversammlung behandelt, welche für Freitag, den 26. Juni, um 19.30 Uhr in den großen Saal des Organisationshauses, Prag II, Na Jirákově 18, von der Union der Geschäftsfreisenden und Vertreter einberufen worden ist.

Gerichtssaal

Ein Zimmerschlüssel als Schlüssel einer verwinkelten Rechtsfrage

Prag. (rb.) In welchen juristischen Komplikationen auch ein ganz einfacher Fall führen kann, beweist diese kurzweilige Angelegenheit. Vor drei Jahren wurde gegen einen Hofbesitzer Gaimwir von einem Gläubiger Exekution geführt. Der Anwalt dieses Gaimwires brachte gegen die Pfändung die Oppositionsfrage ein und setzte alle Hebel in Bewegung, so daß es ihm gelang, die exekutive Räumung der Wirtshauslokalitäten mitten im Gollzug der Pfändung zu unterbrechen. Der Exekutor, der bereits das Inventar eines Wirtshauszimmers angekauft und auf die Straße zum Verkauf gebracht hatte, nahm pflichtgemäß den Einstellungsbefehl, den ihm der herbeigekommene Advokat unter die Nase hielt, zur Kenntnis und brach die weitere Räumung ab, nachdem er das bereits angekaufte Zimmer verlassen hatte. Den Schlüssel nahm der Gegenadvokat an sich.

Da nun der Gaimwir im Betrieb seines Geschäftes durch die Absperrung einer seiner Lokalitäten empfindlich getroffen war und der Schlüssel sich in der Hand des Gegenanwaltes befand, ließ er auf den Rat seines Rechtsfreundes einen Schlosser kommen und das versperrte Zimmer öffnen. Die Gegenseite setzte wuchtige Sanktionen ein. Sie klagte einerseits den Gaimwir zivilrechtlich wegen eigenmächtiger Verfügung über gepfändete Objekte, andererseits ferner die Strafanzüge wegen Exekutionsverletzung und beantragte die Abtretung der Akten an die Staatsanwaltschaft, weil der K u w a l t d e s G a i m w i r e s im Verdacht stehe, diesem zum „Hausfriedensbruch“, d. h. zum gewalttätigen Eindringen in eine fremde Liegenhaft“ angeklagt zu haben, denn durch die Exekution sei der betreffende Raum seinem Verfügungsrecht entzogen gewesen.

Das Rektorsgericht wies indessen die Klage der Gegenseite ab, das Strafverfahren wurde eingestellt und die Staatsanwaltschaft stellte die Vorverhandlungen gegen den Anwalt alsbald ein. Interessant ist, daß eine ganz unscheinbare Kleinigkeit die formale Grundlage für diesen Ausgang bot. Das Ge-

richt stellte nämlich fest, daß der Vertreter der Gegenseite den Schlüssel selbst abgegeben habe und nicht wartete, bis der Exekutor diese Handlung vollzogene und ihm hierauf den Schlüssel aushändigte. Die Gegenseite habe sich also gewaltsam in den Besitz des Schlüssels gesetzt, es handle sich demnach nicht um eine rechtmäßige Annahmung des Pfändobjektes und die Gegenseite könne keine Verletzung eines legalen Pfändobjektes behaupten. Zum Ueberflus brachte noch der verdächtige Advokat des Gaimwires gegen seinen Kollegen von der Gegenseite die Ehrenbeleidigungsfrage ein und dieser mußte Abbitte leisten und 200 Kč Sübne bezahlen.

Kunst und Wissen

Von der Deutschen Musikakademie. Die Zahl der von der Prager Deutschen Musikakademie als reif entlassenen Absolventen mit der besonderen Eignung, eine öffentliche Musikprüfung ablegen zu können, ist neuer auffallend gering; einzelne Ledfaffen haben in diesem Jahr überhaupt keinen Absolventen zu diesen öffentlichen Musikprüfungen entandt. Bei dem vorgetern veranstalteten ersten Absolventenabend brachten drei Orgel-Absolventen aus der Klasse Prof. Josef Langer's Groben ihres Könnens zu Gehör: Franz Kozl, Arthur Franz und Anton Hřístch. In ausgewählten Orgelstücken alter und neuer Meister, wie Johann Sebastian Bach, J. H. David, Leoš Janáček und Fidelio Hirtle, konnten sie ebenso beachtliches technisches Können erweisen, wie die erforderliche Musikalität und Kunst der Registrierung, so daß ihre Entlassung in den praktischen Organistenberuf gerechtfertigt erscheint. Was den Absolventen die und da noch an der beim Orgelspiel so wichtigen Ruhe, Ueberlegenheit und Geistesgegenwärtigkeit des Vortrages fehlt, werden sie in der Schule des Berufes rasch erkennen. Für die Orgelabteilung der Deutschen Musikakademie ist es jedenfalls ein glänzendes Zeugnis, daß sie trotz mangelhafter Vorbereitungen gerade für das Orgelspiel, zu denen vor allem das Fehlen eigener Uebungsorgeln gehört, drei Absolventen in einem Jahre heranzubilden vermochte. E. J.

Ein Wochenabend für Maxim Werks findet am Donnerstag, den 25. Juni, um 20 Uhr in der Stadt. Vühneri auf dem Marianské náměstí statt. Es sprechen Univ.-Prof. Jindřich Reichle und Jiří Horák, die Schriftsteller Josef Dvořak und Dr. Kuba sowie der Legationssekretär der Sowjetlandtschaft Michail Schaprow. Eintritt: 1 und 2 Kč. Jeder Besucher erhält kostenlos einen Preisdruck.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Donnerstag, halb 8: Boccaccio, G. I. — Freitag, halb 8: Der fliegende Holländer, D. I. — Samstag, halb 8: Orpheus in der Unterwelt, vollständige Vorstellung, Abom. aufgehoben.

Wochenplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag, 8 Uhr: Dr. med. Gios Bratorius, volkst. Vorstellung. — Freitag, 8: Das große W.C. Theatergemeinde des Kulturverbandes und Freier Verlauf. — Samstag, 8: Ich hab's getan, vollständige Vorstellung.

Vereinsnachrichten

Archie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Freitag, den 26. Juni, findet in der kleinen Aula des Karolinenums die Promotion unseres Mitgliedes, Genossen Josef Dopyler, statt. Wir fordern unsere Mitglieder auf, sich zur Promotion einzufinden.

Mitteilungen aus dem Publikum

Erdbeer-Marmelade. 1½ kg. Erdbeeren (netto gewogen) werden zerdrückt und mit 1½ kg. Zucker 10 Minuten draußend gekocht. Dann rührt man eine flüssige Opelta und den Saft von 1—2 Zitronen in die Masse und läßt noch einen Augenblick — etwa 3—4 Sekunden aufwallen. Man füllt sofort heiß in Gläser, die mit Cellophan und Gummiring verschlossen werden. Mit Hilfe einer Untertasse stülpt man die Gläser um und läßt sie etwa eine halbe Stunde so stehen.

Erdbeer-Jam mit ganzen Früchten. ½ kg. kleiner bis mittelgroßer Erdbeeren werden auf einer Platte ausgebreitet und ein wenig zerdrückt. Dann gibt man abwechselnd eine Schicht Erdbeeren und eine Schicht Zucker — im Ganzen ½ kg. Zucker — in einen Kochtopf, wobei die obere Schicht Zucker sein soll. Die Masse läßt man über Nacht stehen. — Am nächsten Tage zerdrückt man die restlichen 1¼ kg. Erdbeeren gründlich mit dem Holzstampfer und läßt vom Augenblick des Aufwallens 5 Minuten unter Rühren kochen. Dann gibt man die am vorigen Tage bereitete Masse dazu und kocht vom draußenden Kochen an weitere 5 Minuten, läßt eine flüssige Opelta und den Saft von 2 Zitronen in die Masse, läßt noch einen Augenblick — etwa 4—5 Sekunden — aufwallen und füllt sofort heiß in Gläser, die wie oben beschrieben, verschlossen werden. Das Rezept für Opelta Trocken finden Sie in jeder Packung Opelta Trocken. Verlangen Sie alle Rezepte zum Einkochen mit Opelta gratis bei Ihrem Kaufmann. 3318a

Unentgeltliche Beratungsfunden

der Arbeiterfürsorge finden jeden Samstag von 5—7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, Smeklagasse Nr. 27, statt.



Eine moderne „LiftaB“-Säule

In Berlin wurde die erste „Reider“-Säule, eine nach ihrem Konstruktoren benannte Unfallsäule aufgestellt. Sie soll nach und nach den bisherigen Säulen ersetzen und enthält eine öffentliche Fernsprechanlage, in die sich nach Druck auf einen Knopf vom Boden her ein Fahrkorb herabschießt, der eine Traghaube, Verbindung und Medianelemente trägt. Im oberen Teil der Säule befindet sich ein Lautsprecher, der bei „hauspolitischen“ Anlässen („Führer“-Reden!) Verwendung findet. In der Säule gewährt einen Blick in das Innere der Fernsprechanlage; der Korb mit seinem Inhalt ist gerade hochgefahren.

Jugoslawische Unwahrscheinlichkeiten

Die „Sremce“ bringt eine Zusammenstellung jugoslawischer Unwahrscheinlichkeiten, der wir die folgenden entnehmen:

In Jugoslawien gibt es ein muslimanisch-katholisches Glaubensbekenntnis, mit einigen hundert Anhängern, die in dem Dorfe Dibricevo leben.

Der 35jährige Djafa Petrovic aus Novi Bazar ist 1,15 Meter groß, ist bisher schon in jedem einzelnen jugoslawischen Dorf gewesen und weiß alle chemischen Formeln aus vier Chemiebüchern auswendig.

Auf dem Schädel eines Kaufmanns aus Vinodol wurde eine gefüllte Sodawasserflasche mit großer Wucht zertrümmert. Die Flasche zerplatzte; der Schädel blieb ganz.

Bei der Nachricht von der Fußballniederlage gegen Rumänien hat der Rentier Laza Krcic aus Blafotinci zu weinen begonnen und weinte drei Tage und Nächte ohne Unterbrechung weiter.

Auf eine kleine Bohne hat ein Handwerker aus Mojsar das Vaterunser in deutlich lesbaren Schrift gemalt.

Selbstmord im Rulleimer verübte ein Bauer aus Gatic. Er sprang vom Dach seines Hauses Kopf über in den Rulleimer; sein Kopf blieb darin stecken, und er erstickte.

Ein Krieger aus Bado Gradiste hat sich einen gläsernen Garten gebaut, in dem er wohnt.

In Smederevo haben Schüler einen anderen geschlacht, weil er das beste Zeugnis der Klasse hatte.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Generalversammlung der Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft

Mitwoch, den 24. Juni 1936, fand die 30. ordentliche Generalversammlung der Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft in Prag statt, wobei die Rehabilitierungs-Bilanz laut Beschluß vom 12. Feber 1936, Bl. 35, Sgl. d. G. u. B. genehmigt und der Stabilisierungs-Reservefonds von 541.521.126 Kč auf 400.000.000 Kč ermäßigt wurde.

Die vorgelegte Bilanz für das Jahr 1935, welche einen Reingewinn in der Höhe von K 11.998.556.77 ausweist, wurde genehmigt. Die Generalversammlung beschloß, eine Dividende in der Höhe von Kč 15.— per Aktie auszugeben; die Einlösung der Coupons erfolgt ab 25. Juni 1936 bei der Zivnostenská banka in Prag und deren Filialen.

Am Sinne der Statuten scheidet nach Ablauf der dreijährigen Amtszeit aus dem Verwaltungsrat die Herren Dr. Eugène Schneider, Dr. Jaroslav Krejčí, Pierre de Coffe-Biffac, Dr. Karel Jaffré und Dr. Josef Scheiner aus, welche wiedergewählt wurden.

Nach der Generalversammlung wurden in einer vom Verwaltungsrat abgehaltenen Sitzung Herr Dr. Eugène Schneider zum Präsidenten der Gesellschaft und Herr Dr. Jaroslav Krejčí zum Vizepräsidenten gewählt.

Die Profutura wurde den Herren Inspektor J. Andera und Dr. V. Hofák verliehen.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch D. Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inzerate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Retourmarken. — Die Zeitungsdirektion wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Cebis“, Druck-, Verlags- und Zeitungsgesellschaft, Prag.